

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschäftswochenblatt am Samstag.
Abonnementsspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zettungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Falzert.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Alleestraße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insatzgebühr pro Schlagspaltene Kolonialzelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Ausl. von

386300
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Vom Hansabund.

Nach dem Bluster der marktschreierischen Bierkesselsame wird im ganzen Reich die Bier- und Werbetrommel für den Hansabund gerührt, um die 2 827 000 gewerblichen Unternehmer und die 400 000 gewerblichen Angestellten zu gewinnen und mit den etwa 3½ Millionen Mitgliedern erfolgreich den Kampf gegen alle Feinde des Unternehmertums aufnehmen zu können. Über dieser umfassenden Zusammenschluß von Gewerbe, Handel und Industrie ist nur eine Fata Morgana des Herrn Dr. Alexander Tille, die ihn und mit der er anderes narti. Denn er ist nicht erreichbar, da verschiedene große Unternehmergruppen mit gegensätzlichen Interessen vorhanden sind, die auch der Hansabund nicht auszugleichen vermag. Es seien nur die Handwerksmeister auf der einen und die Großindustriellen auf der anderen Seite genannt, sobald Gewerbe und Industrie hier, der Handel dort, um diese Interessengegensätze anschaulich zu machen. Seit Wochen tönt ein Kampf zwischen den Wirtsen und den Brauereibesitzern als Folge der neuen Biersteuer, da diese die Bierpreise viel mehr erhöhen, als der Steuerbetrag ausmacht, um ihren Profit zu vermehren, die Wirs aber mit Recht von der Biersteuerung einen Rückgang des Bierkonsums und eine Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen befürchten. Um sieben willden ja freilich die Wirs mit dem Brauereibesitzer und dem Reichstagsrat den allgemeinen Raubzug auf die Taschen der Konsumenten mitmachen, um ebenfalls einen Extraprofit zu erlangen, wenn die Konsumenten nicht die Möglichkeit und den Willen der "passiven Resistenz" hätten und so der sichere Schaden größer erscheine als der ungewisse Extragegenwind.

In den Handwerkskreisen hat der Hansabund nicht den von seinen Machern und Agitatoren erhofften Resonanzboden gefunden, im Gegenteil eine Spaltung hervorgerufen. Eine Anzahl Firmen, so auch deren Gesamtvereinigung in Berlin, Mittelstandvereinigungen und ähnliche Organisationen haben sich dem Hansabund angeschlossen, andere aber verhalten sich ihm gegenüber nicht nur ablehnend, sondern nehmen auch offene Oppositionsstellung ein. Das in Wiesbaden erscheinende Neue deutsche Handwerkerblatt beobachtet eine zutreffende Haltung, aber es sommelt mit Eifer und Lendenz Befürchtungen, die sich gegen den Hansabund wenden und mit denen es in jeder Nummer mehrere seiner Spalten füllt. Und in seiner Nr. 31 veröffentlicht es folgendes Eingeschriebene:

"Die Handwerker sollen die dummen Hünse sein! Oh da wieder ein Krönchen Gold, das heißt Wahheit, öhr liegt? Der Bund der Landhöfe in seiner machtvollen Ausdehnung hat ja noch kein Lebengewicht an Zahl der Mitglieder gefunden. Dem soll der Hansabund abhelfen. Letzter Gottes gibt es nun aber noch nicht genug Warenhäuser, Schächte und andere 'Bestze'. Auch die Bankiers sind nicht so dicht gesetzt, wie die Kostläden. Woher da die Zahnen kriegen? Man bringt am Ende eitliche Hundert zusammen, aber das ist nichts, da fehlen noch die Nullen hintendran, damit es hundertausende werden. — Also her mit dem Kleingewerbe! Der Hansabund braucht Nullen! Nun renne Trab, Kleingewerber, rutsche auf den kleinen hin und sage wie der Wiener: 'Küß die Hand, Euer Gnaden.' Schiller dachte anders, der prägte das Wort: 'Drum prüfe, wer sich ewig bindet' — — Was sagt denn die Mittelstands-Vereinigung zur Sache? Ich hatte schon gelauucht auf ein erföndendes Wörtchen. Also mal heraus mit der Ziege auf den Deichdamm! Das Handwerk muß wissen, was es will, es darf nicht immer klein und hilflos tun und wie ein Bettelmann. Stolz und starr trete es auf, denn auf das Auftreten kommt viel an. Nutzer wird gesagt: 'Unser Handwerk geht dem Nutzen entgegen, es löst sich auf!' Solche Neuerungen wirken wie Suggestion. Zum Nutzen aber, das Handwerk löst sich nicht auf, es behauptet seinen Platz noch lange, und weiß seinen Wert zu schätzen."

Das ist eine unzweideutige offene Absage an den Hansabund mit recht guter Begründung. Gewiß, die Bank-, Fabrik- und Bergwerksdirektoren mit Einschluß der Schäfsmachereien und der Großindustriellen bilden nur eine kleine Unternehmertum die Nullen stellen. Von den am 12. Juni 1907 gezählten 3 423 491 Betrieben waren 3 124 198 Kleinbetriebe und davon wieder 1 446 286 Kleinbetriebe; die übrigen 1 677 912 Betriebe beschäftigen 1 bis 5 Gehilfen. Die Zahl der Mittelbetriebe mit 6 bis 50 Arbeitern beträgt nur 267 480 und die der Großbetriebe mit über 50 Arbeitern nur 32 007. Die Masse bilden also die Handwerker und jedenfalls ist ein erheblicher Teil von ihnen durch die großkapitalistischen Agitatoren und Werber bereits für den Hansabund eingesangen. Aber sie sind nicht auf Lebenszeit mit den Rittern, Kirdorf, Bued, Tille und Konsorten verbreitet und so leicht, als sie ihren Anschluß gefunden, können sie auch wieder den Austritt nehmen. Dieser Schritt wird zweifellos in vielen Fällen erfolgen infolge der entschiedenen Ablehnung des Antrittes der Handwerker an den Hansabund durch den Gesamtvorstand des Bundes der Handwerker, der in seiner Sitzung vom 22. August in Berlin folgende Resolution annahm:

"Der Bund der Handwerker stellt fest, daß der Hansabund auf keinen Fall sich als eine Vertretung des Handwerkerstandes betrachten kann und daß diejenigen Handwerker, die dem Hansabund Gefolgschaft leisten, nicht berechtigt sind, sich als Vertreter des deutschen Handwerks zu bezeichnen. Ganz besonders erhebt der Bund der Handwerker Einspruch gegen das Auftreten des Ehrenobermeisters Ritter und berichtet, keineswegs zu jenen 300 000 Handwerker zu gehören, die Herr Ritter dem Hansabund zuführen wollte. Da im Bund der Handwerker vereinigten vielen Tausende von deutschen Handwerkern warnten ihre Vertreter offen, den

Vorwurf der Warenhäuser, Großhändlers, Großindustriellen u. s. w. folge zu leiten. Ebenso spricht der Bund der Handwerker seine Verwunderung darüber aus, daß der Berliner Innungsausschuß seinen Beitritt zum Hansabund vollzogen hat, womit der Innungsausschuß eine ungesehliche Handlung begangen, die umgehend durch Austritt aus dem Hansabund gutzumachen ist."

Die Resolution bedeutet eins bemerkenswerte Erkenntnis der Situation und das mutige Aussprechen dessen, was ist. Geht diese Gegenagitation gegen den Hansabund weiter und lassen sich die Handwerker nicht von den Agitatoren derselben einsetzen, so werden sie schon auf die Masse und die "Nullen" verzichten müssen. Immerhin wird ein Teil der Handwerker im Hansabund verbleiben, da er sich von besten Wirkung die Erfüllung seiner reaktionären und arbeiterfeindlichen Wünsche verspricht. Dies ist deutlich zum Ausdruck gekommen in der unter der Obereitung Alexander Tilles im Juli in Saarbrücken abgehaltenen Versammlung zur Gründung einer Ortsgruppe des Hansabundes, in der die Rollen gut verteilt und besetzt waren. In seinem einleitenden Referat verherrlichte Tille in gewohnter Weise die Unternehmer als Übermenschen, denen gegenüber die übrige Bevölkerung nur minderwertiges Menschenmaterial, aus Idioten zusammengesetzt ist. Den Handwertern und auch den gewerblichen Ziegeln ist es trügerisch vorgekommen, um den Mund. Beziiglich der letzteren bedauerte er, daß sich bisher die Unternehmer zu wenig um sie gekümmert hätten. Diese Unterlassungslösse müsse aber sodann als möglich wieder gut gemacht werden. Dieses "Guimachen" im Tilleschen Sinne kann nur so gemeint sein, daß die Angestellten jetzt von den Unternehmern in gelbe Vereine & la Augsburg gezwungen und zu politischem Stimmabwurf für den Hansabund drängt werden. Erfreulicherweise steht da bereits der Bund der technisch-industriellen Beamten im Wege und der Hansabund wird daher die Masse der Angestellten für sich so wenig einzuhängen können wie die Masse der Handwerker. Diesen sagte Tille:

"Der Zweck des Hansabundes ist, Angriffe und Schädigungen, welche sich gegen die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie richten, abzuwehren und die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie zu fördern. Wir finden diese gemeinsamen Interessen formal in der Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls des ganzen Gewerbes und Handelsstandes und in einer angemessenen Vertretung derselben durch Berufsgenossen in den gegebenen Körperschaften und fachlich in der Verteidigung der gewerblichen Freiheit gegen weitere gesetzgeberische Beschränkungen, in der Abwehr einer einseitigen Belastung des Gewerbebedarfs durch die Besteuerung in Reich, Staat und Gemeinde, in der Bekämpfung einer weiteren Belastung von Gewerbe, Handel und Industrie zugunsten anderer Volkstriebe, in der Verhinderung einer einseitigen Gleichgebung zugunsten einzelner Klassen und in der Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Rechten und Pflichten in Gesellschaftsordnung und Staatsleben."

Die Tilleschen Schäfsmachereien und Kirdorens fanden in dieser Versammlung den gewünschten Resonanzboden, dem eine Reihe von nachfolgenden Rednern Ausdruck verlieh. Die wandten sich gegen schriftliche Lohnabrechnung, gegen die Lohnzahlung vor Abschlus, gegen Arbeitskammern, gegen die obligatorischen Arbeiterausschüsse in den Betrieben, gegen Tarifvertrag und Kinderschutzgesetz, gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskammern lassen, deren Verwaltung allein in die Hände der Unternehmer gehörte, gegen den Gedanken, im Bädergewerbe die Nacht- und Sonntagsarbeit zu verbieten u. s. w. Der Bädermeister Weilen dementierte mit saarischer Bescheidenheit:

"Die deutsche Bäderet hat sich im Laufe der Jahrhunderte auf eine Höhe emporgearbeitet, wie man sie in keinem anderen Staate antreffen wird. Gerade die deutsche Kleinstadt, das deutsche Kaffeehaus, findet bei allen Fremden, die Deutschland besuchen, die ungetilste Anerkennung. Das ist aber in erster Linie der Nacharbeit zu verdanken. Nun will man uns die Nacharbeit verbieten, mit einem Federstrich will man das, was unsere Bäder errungen haben, beseitigen, denn es liegt klar auf der Hand, daß ohne keine Ware die Bäder überhaupt nicht bestehen können, wenn nicht die Bierpreise erhöht werden sollen."

Einfach schrecklich. So finden sich Bädermeister, Malermeister &c. mit Alexander Tille zusammen und machen dem Hansabund die Nullen.

Man kann schließlich unzufriedenen Handwerksmeistern verzeihen, wenn sie mit den Großen des Hansabundes zusammengehen und in ihrer Kurzichtigkeit vermeinen, ihren eigenen Interessen zu dienen, während sie nur die Werkzeuge für die Interessen der Großen sind, die die Kleinen ausspielen. Aber was soll man sagen, wenn sich sogar Arbeitnehmer finden, die den Rottensängern des Hansabundes in das Garn laufen und sich ihm bereitwillig als politisches Stümmbich gegen die Arbeiter zur Verfügung stellen! Ratschlich sind es "nationale" Arbeiter, die diese kapitale Dummheit fertig bringen, die einen Selbstmord verüben. Aber es war immerhin ein einfacher "nationaler" Arbeiter, sondern ein "Offizier" aus dem "nationalen" Arbeiterlager, der Hirsch-Dundersche Arbeitersekretär F. Falzert in Frankfurt a. M., der in den Apolda erscheinenden Deutschen Gewerbevereinszeitung einen Aufruf an seine Leute erstellt zum "Masseneintritt" in den Hansabund, den auch die Frankfurter Zeitung und wohl auch andere bürgerliche Blätter gern nachdrucken. Wenn er ganze Arbeit leisten sollte, der Hansabund — so vermeldet Herr Falzert —, dann müssen die Arbeiter und Angestellten sich ihm anschließen. Die Arbeiter und Angestellten sollen den Kampf um den politischen und wirtschaftspolitischen Fortschritt mit den "Arbeitgebern" gemeinsam führen. Ach, diese politische Unschuld vom Lande! Als ob nicht die Hirsch-Dunderschen seit 40 Jahren "gemeinsam" den Kampf mit den sogenannten liberalen Bourgeoisie geführt hätten, wobei man allerdings nicht genau weiß, für was; und als ob nicht die katholischen Arbeiter mit Einschluß der christlichen Gewerkschaften den Kampf gemeinsam mit der Zentrumspartei

übten sie — Unter- und Passeinteressen, mit denen jeweils auch die "Arbeitgeber" Interessen ihre wirtschafts Wahrnehmung gefunden haben.

Herr Falzert meint dann weiter in seinem Aufruf, daß "einzelne Elemente" den Hansabund zu sozialpolitischer Reaktion gebrauchen möchten, aber man dürfe den Einfluß jener Leute nicht übersehen und die Arbeiter und Angestellten könnten ihn durch ihren Beitritt paralyseren. Im übrigen sollten die sozialpolitischen Gegenseite außerhalb des Bundes ausgeschlossen werden. Im Bunde selbst aber sollten alle Gegner des Agrarunterstandes mit gesammelter Kraft zusammenwirken".

Diese politische Unschuld ist ebenso unwillkürlich wie polizeiwidrig harmlos. Der Kampf gegen jede arbeiterfreundliche Sozialpolitik ist die Hauptaufgabe des Hansabundes, darum war der Schäfsmacherverbund deutscher Industrieller sein Geburtsstätt, darum stehen die Kirdorf, Bued, Tille &c. an seiner Spitze, darum hat bereits der Centralverband deutscher Industrieller einen Aufruf zur Gründung eines Wahlkörpers (Korruptionskörpers) erlassen, um Schäfsmacher und parlamentarische Kultus als "Vollvertreter" einzufinden zu können. Und darum auch haben die Schäfsmacher, die in der Direktion und im Ausschuß des Hansabundes sitzen, sich Oktaturgewalt angemahnt, die allein die Aktionen des Bundes machen wird. Die anderen sollen nur die Nullen, das Stümmbich sein.

Der gute Falzert hat zu allem Überfluß auch noch die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn der Hansabund will ja gar keine Lohnarbeiter als Mitglieder. In seiner Stellung erklärt Alexander Tille, daß der Hansabund dem "Berufsland", dessen Interessen er vertreibt, nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Angestellten einsetzen will, "während er die Lohnarbeiter ausschließt". (Nr. 34, Seite 353.)

Das genügt. Für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ist der Hansabund der Feind, der neue Feind, der nichts anderes als die vergrößerte Ausgabe des berüchtigten Centralverbandes deutscher Industrieller ist und die dadurch für sie als Selbstverständlichkeit gegebene Frontstellung lautet:

Gegen den Hansabund!

Finanzreform und christliche Gewerkschaften.

Bs. Man weiß, daß das Verhalten der christlichen "Arbeitervertreter" im Reichstag gegenüber der Reichsfinanzreform den christlichen Gewerkschaften große Sorge macht. Der Ausruß Siegerwalds, des Generalsekretärs vom Ausschuß des Gesamtverbandes, daß er in den letzten Wochen geradezu einen Abschluß vor der Politik bekommen habe und sich nicht um 50 000 M. Däten in den Reichstag wälzen lassen würde; die Versicherung Schäffers, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstag während der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform schwere Seelenkämpfe durchgemacht hätten; daß Bemühen der Leitung der christlichen Gewerkschaften, jedes Eingehen auf die heile Frage aus der Diskussion innerhalb der Organisation fernzuhalten — alles das beweist, daß bei Herren Führern nicht wohl bei der Sache ist, und daß sie wohl bewußt sind, durch die Handlangerdiene, die sie dem Schnapsblock erwiesen, sich schwer gegen die Interessen der Arbeiter vergangen zu haben. Sie wissen auch, daß es ihnen nicht so leicht gelingen wird, ihr Gefolge im Lande zu der Ansicht zu befähren, daß höhere, ideelle Interessen im Spiele standen, die mit den 100 Millionen indirekter Steuern — eine Last, die sich auf dem Wege bis zum Verbraucher leicht auf 600 Millionen erhöhen kann — nicht zu teuer erlaubt seien. Nicht jeder Katholische und bisher zentrumstreue Arbeiter wird sich durch diese "Begründung" überzeugen und sich überzeugen lassen, daß es seine Pflicht sei, im Interesse der Zentrumsbourgeoisie die Kosten des schwatzblauen Blods zu tragen und zu all dem, wenn er christlichgewerkschaftlich organisiert ist, im Interesse der "politischen Neutralität" das Maul zu halten und seinen Führern, die er in den Reichstag gewählt hat, noch gar zu danken, daß sie so tüder mitgearbeitet haben, die Last auf dem Halse der Arbeiter noch zu erhöhen.

Und so beweisen wir auch, daß der neueste, offenbar verbandsmäßig unternommene Versuch im christlichen Centralblatt, die Herren Giesberts, Schäffers und Genossen zu rechtfertigen und jede Opposition innerhalb der christlichen Gewerkschaften zu unterdrücken, den beabsichtigten Erfolg haben wird insofern, als alle christlich organisierten Arbeiter das Verhalten ihrer Führer bei der Finanzreform gutheißen. Mag es auch nicht zur offenen Misslehrung innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommen, so wird doch manches Mitglied sich die Frage vorlegen und sie dementsprechend beantworten, ob er noch länger einer Organisation angehören kann, die ihre Führer zum ausgesprochenen Verrat der Arbeiterinteressen erachtet. Und noch viel größer wird die Zahl der Arbeiter sein, die vielleicht den christlichen Gewerkschaften zugefallen werden, die aber jetzt, nach den neuesten Leistungen der christlichen Arbeiterführer in der Reichsfinanzreform und nach deren Gutheizung durch die Leitung der christlichen Gewerkschaften, sich sagen werden: Wir danken für eine Organisation, deren Führer sich zu Misslöhndigen schämlichen Arbeitervertreter machen!

Natürlich muss auch in dem Artikel des Centralblattes die berühmte "politische Neutralität" der christlichen Gewerkschaften wieder erhalten, um das Verhalten der Herren Giesberts und Genossen zu rechtfertigen und jede Kritik innerhalb der Organisation darüber zu unterdrücken. "Die Finanzreform" — heißt es da — "hat keine direkte Interesse für unsere christlichen Gewerkschaften. Sie ist eine politische Frage und war es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders. Mit diesen politischen Vorstellungen im

Nichtslog haben die christlichen Gewerkschaften nichts zu schaffen. Sie haben keinen Einfluss auf die Gestaltung dieser Dinge und müssen deshalb auch jede Verantwortung dafür ablehnen.

Da hat man nun anlässlich des letzten Kongresses der Christlichen wieder einmal ein großes Unheil gehabt über die gewaltige Macht der christlichen Organisationen und ihren Einfluss im öffentlichen Leben. Und jetzt müssen wir hören, daß sie keinen Einfluss haben in einer Frage, die länger als ein Jahr die politische Welt in Deutschland erregt, die von gewaltigem Einfluß auf das wirtschaftliche Leben im allgemeinen und das der Arbeitersklasse im besonderen ist. Wir sind sonst die, die der christlichen Wichtigkeiten entgegentreten müssen, hier befinden wir uns in der umgekehrten Lage, indem wir sagen: die christlichen Gewerkschaften hatten hier wohl Einfluß. Wenn sie, wie es die Mütter unserer Organisationen getan haben, sich mit der Frage der Reichsfinanzreform vom Arbeiterspunkt aus befassen, wenn sie ihre Mitglieder über die ihnen durch die halbe Steuermilliarden drohende Schädigung aufgeklärt, wenn sie weiter den Parteien, denen ihre Mitglieder angehören, ihren besten Willen und gegeben hätten, sich diese Belastung ihres Postens nicht gefallen zu lassen, sollte wirklich die Stimme der christlichen Gewerkschaften so ganz nutzlos verhahlt sein? Und wenn es der Fall gewesen wäre, sie hätten dann mindestens ihre Führer anweisen müssen, im Reichstag die Interessen der Arbeiter laut und entschieden zu vertreten, statt wie jetzt sich auf die Seite der Volksausplünderer zu schlagen. Sie hätten, auch wenn ihnen kein Erfolg beschieden gewesen wäre, dann wenigstens in diesem Falle die Ehre als Arbeitersorganisation gerechtfertigt, die sie jetzt schändlich preisgegeben haben!

Der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften in dieser Frage ist so unhalbar, daß jeder Versuch, ihn zu rechtfertigen, zu den lächerlichen Widersprüchen führen muß. So heißt es in Anklage an vorstehend wiedergegebene Sätze des christlichen Zentralblattes: „Gewiß ist die Finanzreform eine außerordentlich wichtige Sache. Jeder national denkende Mann muß im Interesse von Volk und Vaterland und der gesetzlichen Entwicklung unseres nationalen Wirtschaftslebens bringend wünschen, daß das Deutsche Reich aus seinen traurigen Finanzverhältnissen herauskommt. Das Ansehen Deutschlands nach außen hin und seine Stärke im Innern ist nicht zuletzt eine wichtige Voraussetzung für die geistige Entwicklung aller Gewerbsverhältnisse, von denen die Lohn- und Lebensfrage der Arbeiter abhängig ist. Insofern mußten auch wir vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus den Wunsch haben, daß die Finanzreform erledigt würde. Über auf die Art, wie sie erledigt worden ist, haben wir keinerlei Einfluß. Diese Frage liegt außerhalb der Kompetenz unserer Bewegung.“

Man beachte: Die christlichen Gewerkschaften haben ein Interesse an der gesetzlichen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, am Ansehen Deutschlands im Innern und nach außen, weil davon die Lohn- und Lebensbedingungen der Arbeiter abhängig sind. Die Vorbedingung dazu war die Regelung der Finanzverhältnisse des Reichs, insgesamt waren die christlichen Gewerkschaften auch am Zustandekommen der Reichsfinanzreform interessiert. Nach christlicher Aussicht widerstreitet das Interesse der Arbeiter gegenüber den bürgerlichen Parteien gewaltig werden soll. Die politische Neutralität hält auf, wo das Interesse der Arbeiter ansteht. Am Zustandekommen der Reichsfinanzreform halten in erster Linie die bürgerlichen Parteien, die Gedung für ihre Schuldenwirtschaft haben müssen, ein Interesse. Das Interesse der Arbeiter lag vorwiegend darin, wie die Reichsfinanzreform zustande kam; für sie handelte es sich vor allen Dingen darum, endlich einmal Ernst zu machen mit der Besteuerung der Reichen, endlich einmal einen Regel der sozialstaatlichen Belastung der Armen und Vermieteten vorzuschreiben. Und gerade da, wo das Interesse der Arbeiter in Frage kommt, da tritt die politische Neutralität der Christlichen in Kraft. Sie halten der Regierung und den bürgerlichen Parteien die Hände aus dem Feuer, präsentieren sie ihnen zum Eben und preisen sich glücklich, wenn ihnen die Schalen gelassen werden!

Und diese Unglückskünder nennen sich „Arbeitervertreter“ und preisen die Handlungsweise, die sie den bürgerlichen Parteien leisten, den deutschen Arbeitern als die Rettung aus aller Not und als das Heil der Zukunft an. Der Schwund fügt an, lächerlich zu werden und läuft bald auch dem Bildbogen die Augen über.

Aus Amerika.

Bem Ohio bis zum Stillen Ozean.

Von Thagria.

VI.

Um Ende einer schönen Ebene, am Fuße des Zeller Gebirges, am Rio Grande, liegt die Stadt Denver, die Königin der Prärien. Die Stadt liegt eben, die Straßen sind (wie in ganz Amerika) schwungreich und ihre Sauberkeit fällt auf. Eine sehr reine Luft steht, man sieht fast gar keine Fabrikschäfte. Eine eigentümliche Stille herrscht. Da der Stauben waren eindrücklich große Menschenmengen angetroffen, die, wie ich später erfuhr, entweder aus den Minenbezirken zur Uebemutterung gekommen waren.

Noch einiges Sachen sind ich in einer Seitenstraße des sozialistischen Hauptquartiers. Es schwankt wie der Holzbau vom einen, zu einem, zu einem ist er immer. Er war mit (schwieligen) Menschen schon in der frühen Morgendämmerung gefüllt. Mit angehauenes sagten sie nicht zu berichten. Da sie selbst nicht wußten, kommt sie keiner als Ziller diesen nach den Angaben zu folgen. Dieser wurde dann im Railroad Building selbst beschäftigt. Ja dieses Gebäude ist das Hauptquartier der Western Federation of Miners (Republike Bergarbeiterföderation), der Föderation der Bergarbeiter. Hier traf ich einen der besten Männer der politischen und sozialistischen Bergarbeiter des goldenen Westen, den sehr geehrten Redakteur des Miners Magazine, den George O'Reilly.

Als mir eines guten halben Jahrhunderts her ist es erfüllt: Goldrausch! zwischen Gold- und Silberbergwerken und Eisenbahnen über die Prähre und hinunter am Fuße des Gebirgsgebirges die ersten Städte. Im Jahre 1870 hatten sich über 47500 Menschen hierher gesetzt, heute sind sie auf 200000 angewachsen. Die Häufigkeit dieser Städte wurde bald durch blaues Gold dargestellt. Ein riesiges, ungeahntes Bergbaureich entdeckt sich dem Kapital. Industrieller und Bergbauindustrie folgten dem Gold, den die Minenreiche unter menschlichen Mühen gewannen. Wie Sonnenblume wurde die Stadt Denver. Sie ist jetzt das städtische und kommerzielle Zentrum des Gebirges, es reichen Weitens vor Amerika. Da hier werden beide die Gold- und Silberbarren geprägt und geprägt. Hier wird der zu Gold gewordene Schatz der Bergarbeiter aufgesammelt und

Die Statistik der 29 Gold und Silber produzierenden Städte der Union weist für das Jahr 1907 eine Ausdehnung im Werte von nahezu 120 Millionen Dollars auf. Davon ist Colorado mit der höchsten Zahl (28 488 000 Dollars) beteiligt. Ihnen folgt der Staatsstaat Nevada. Die Minenindustrie gibt in der ganzen Welt seit Jahren Gewinne; am letzten ist sie in Amerika infolge der leichten Überbaubarkeit und der größeren Ertragsfähigkeit der Gruben, und besonders auch, weil hier keinerlei Arbeitersfürsorge profitsschädigend wirkt. Nach dem klassischen Worte von Marx steigt die Profitabilität, Bruttolität des Kapitals mit dem Profit: „... für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 200 Prozent und es gibt kein Verbrechen, das es nicht rückt...“. Diese Wahrheit kann in Colorado besser als anderswo nachgeprüft werden.

Jahrzehnte hindurch konnten die Minenbarone Amerikas ihren goldenen Raub ungestrichen in ihre Scheune bringen. Erhielten die in den östlichen Städten wohnenden Kapitalisten Kundschaft von der Entdeckung von Erzlagerstätten, sandten sie ihre Experten. Verlohrte sich die Ausgabe oder garantierte der Erzborrat genügenden Gewinn, legten die Berggesellschaften Geiste. Nur diesen kam dann die maschinelle Einrichtung und Arbeitskräfte. Nur den Besitz über Erbhöhlen der Pioniere wurden allgemein Goldabende, diese reichten sich zu Strafen, aus diesen stieg bald ein massiver Bau, das Gerichtsgebäude, hervor, daneben wurden ein Gefängnis und eine Kirche gestellt. Und nachdem Gericht und Gefängnis mit steuelpfosten und die Kirche mit mausertigen Kreaturen der Minenkompagnie besetzt, war die christlich-kapitalistische Sivilisation um eine tollwütige Fällle reicher. Die Arbeiter wurden gleich vom Schiff per Eisenbahn herbeigeschafft. Sie waren froh, so schnell einen Platz im Goldland Amerika gefunden zu haben, denn ihren letzten Heller oder Centesimo hatte der Agent in der Hafenstadt für den Siedlungsnachweis genommen. Und essen mußte man. Gleich nach der Ankunft in der Mine hatten sie manches auszufechten. Schließlich: Daheim auf der Punkt oder unter dem blauen Himmel Italiens halten sie auch von Kindesbetten an schwer schaffen und Nagels hungern müssen. Hier hatten sie es doch etwas besser: Wenn sie den (versprochenen) Lohn in die heimliche Währung umrechneten, kamen sie doch zu einem bedeutend besseren Resultat. Die Arbeit wurde wohlgenutzt begonnen. Die optimistische Stimmung schlug schon am ersten Bahntag in ihr schwöriges Gegentell um. Der Lohnzettel wies eine geringere Summe auf als sie versprochen worden war. Nach einigen Wochen wurde aus dem erhofften Spargroschen eine Schuldsumme: Die Bahnen auf dem Breit in der Kanal der Minenkompagnie wurden immer größer. Es wurde nicht nur für den Grubeneigentümer gearbeitet, sondern bei ihm mußte auch der Lohn verzehrt werden. Er hat den einzigen Verkaufsstädten und bei ihm mußte gekauft werden, auch wenn seine nicht mehr verschlechterungsfähigen Waren noch schlechter wären. Anstatt des Lohnzettels gab es nur noch einen Schulzettel von dem Kantonenverwalter, worauf deutlich zu lesen war, wie hoch das Soll des Arbeiters ist. Was tun? Guter Rat ist teuer! Dabauden? Ein Blick auf die gewaltige Menge ringsherum schlägt jeden Fluchtgebannten radikal nieder. Murren und Schanden, fluchen und schwören geht weiter. Krankheit tritt ein. Endlich wenigstens eine Gelegenheit, die ausgemergelten Knochen zu stärken. Ein Ding, Hospital gehetzen, muß ja da sein, denn allmählich werden dafür ja Lohnzulage gemacht. Nur will der Mann, der die Stinkure als Doktor vom Minenbesitzer erhalten hat, von der Krankheit nichts sehen. Insolgedessen darf die Krankheit nicht Platz greifen. Will dadurch der Arbeiter nicht arbeitsfähig werden, so kann er liegenbleiben, wo er will. Ein Arbeiter wird in der Grube zerstört: Ist der tot, bleibt er begraben, wo ihn das Schicksal gebettet, vorausegesetzt, daß er nicht in abbaufähigen Fällen liegt. Ist er nicht tot, wird er verbunben, bleibt solange in Pflege, bis ihn der Doktor für arbeitsfähig erklärt. Sollte er keine Eile in der Befolgung dieses Imperativs zeigen, wird er auf die Strafe gejagt. Mit den Hunden mag er das Schicksal teilen.

Aber gibt es dann keine Obliege? Gewiß, im freien Amerika ebensoviel wie im bürgerlichen Europa. Der Sklave der Minen, der sich mit einer grünhörrlichen Aufsättigung von der Justiz in diesem heiligen Lande noch herumzleppt, kann getrost versuchen, gegen seine Ausdeuter Schutz und Recht zu suchen. Das kann er natürlich nur, wenn er sich verständlich machen kann, Geld, viel Geld hat und einen Rechtsanwalt findet, der ehrlich ist. Nebenbei bemerkt: Beigleich der Rechtsanwälte sagte vor einigen Jahren ein namhafter Jurist: „In Amerika brauchen die größten Schäfte auf einige Jahre Recht zu lesen“ und sie können unter dem Deckmantel des Rechtes ziehen. Angenommen, der Arbeiter hat alle die Dinge, die er in Amerika im allgemeinen und in den Minenbezirken des Westens zu behaupten nicht hat, die aber für den Rechtsstreit unerlässlich sind, glücklich beisammen — was dann? Dann kommt er vor einem Richter, der seinen Platz von der (angestellten) Minenkompagnie für geleistete oder noch zu leistende Dienste erhalten hat. Über, daß Kinder geschehe: ein ehrlicher Richter wäre vorhanden. Dann steht die Kompagnie stiefel Gesellen auf, die alles und noch einiges beschönigen, was verlangt wird. Sollte dies ohne Einsicht auf den Richter treffen, sollte er dem Arbeiter günstiges Urteil fällen, so wird von der Kompagnie appelliert. Die Appellinstanz gibt ihr letzter Recht. Die höheren Gerichtshöfe sind das schärfste Instrument des Kapitalismus in Amerika. Ein Beweis: Das Obergericht (Supreme Court) der Vereinigten Staaten hat seit seiner Organisation, wenn es sich um Leben und Freiheit auf der einen Seite und Eigentum auf der anderen handelt, nichts angesehen der Eigentümer entschieden. Diese Regel wird durch keine einzige Ausnahme unterbrochen. Jedermann hat der Arbeiter auf Recht gegen seinen Ausdeuter nicht zu rechnen.

Wie gehörte, wozu eingeführt die Bergarbeiter im bergbaubetriebenen Westen, bis die Western Federation of Miners ihren Weg (durch die Gefangenistore) in die Welt nahm (1893). Die gesamte Kanzlei des Kapitals: Richter, Polizei, Pfeffers, Richter, alles, bis hinunter zu den Gouverneuren, bewußtlich ihr entgegen. Sie beweisen, selbst die, die vor ihrer Schädigung geschützt, darüber bei ihr gelegt. Das Unternehmertum (jedost organisiert in der Mine Owners Association und der Citizens Alliance) bewußte Galgenbündel (im Besitz El Paso allein 1200), bestellte Delegados, engagierte Ministerien für die Bergstädte, bestellte Attentate, ließ Füge (mit Streitbrechern als Passagiere) entgleisen, „Kontrolle“ die politischen Parteien, zwangt unzählige öffentliche Beamte mit Revolverbüchsen oder Galgenschlägen zur Resignation, um die Arbeitersorganisation zur Strecke zu bringen. Bei einer Sozialbewegung wird Militär geholt oder alles Gerät mit Schießen und Polizeigewalt ausgeschaltet, das heißt: zu Deputy-Sheriffs ernannt. Da Schieße Ganz-Distanz werden den freien Arbeitern den den Bergarbeiter Lebensmittel verweigert. Sie erstickten dann selbst Verhungern. Das jährende Lager wurde die Todesarten der Exponenten der Kompagnie demonstriert und die Männer schafften die Räuber in ihre Hände. Der Gipfel der Schrecken war der wellenartige Hämoos-Boil. Sie drei ersten Beamten der Föderation wurden bei Nacht überfallen, getötet, in einem

Gezag in einen anderen Ort (mit gefülligerer Kugel) geschoben und dort auf das Zeugnis eines anderen Märkten des Morde angeklagt. Zum Glück wurde dieser Anschlag durch die Wachsamkeit der Arbeiterschaft verhindert.

Zur vor dem Tage ihrer Gründung wurde der Gründungsvorstand ein blutiger Krieg von dem Unternehmertum geführt. Dessen Einzelheiten können hier nicht einmal angegeben werden. Die Arbeitersorganisation setzte Belohnungen auf die Ergreifung der Verbrecher aus. Sie konnten nicht zur Auszahlung gelangen, weil die Verbrecher nicht entdeckt wurden. Wird einmal ein Geist der Unternehmertum auf frischer Tat ergriffen und vor den Richter geschleppt, dann verschwindet er spurlos. Ein beliebtes Mittel ist die Ausweisung der Streikenden. Diese werden von der Haubwache des Kapitals aus dem Streikort gebracht und auf die Werde gejagt. Die Namen der Ausgewiesenen bringt die Zeitung unter der Überschrift: „Nenn nicht zurückkommen.“

Die Organisation muß alle Kräfte anspannen, um die verfolgten Arbeiter über Wasser zu halten und die Anklagen abzuwehren oder die Rechtsstreite zu führen. Im Jahre 1907/08 kostete ihr der Rechtschutz allein 818 000 \$. Vor Jahren beantragte der Präsident Bohle, in Anbetracht der fortlaufend steigenden Zahl der Verbrechen gegen die Organisation, jedes Mitglied mit einer modernen Waffe auszustatten. Der Antrag wurde abgelehnt. Heute gibt es genug Mitglieder, die bebauen, damals gegen den Vorschlag gewesen zu sein.

Die Western Federation of Miners ist zu den besten Gewerkschaften Amerikas zu zählen. Sie ist die Bannträgerin des Sozialismus im Westen. Die vielen schweren Kämpfe machen es nachdrücklich unmöglich, daß sich ihre Mitgliederzahl über 40 000 erhöht. Aber ihr Einfluß ist bedeutend größer als es in dieser Zahl zum Ausdruck kommt. Wo sie in den Bergstädten erscheint, weicht von den Arbeitern das Gefühl der Klassenheit und Schwäche. Die Ausgebeuteten erhalten einen treuen Freund, die Ausdeuter einen nicht zu berachtenden Feind. Wie hoch sie von den Arbeitern geschätzt wird, kann man ermessen an dem Stolz und der Freude, die von den Geschletern leuchtet, wenn die Arbeiter ihre Mitgliedsliste präsentieren. Der Name der Western Federation of Miners hat für das arbeitende Volk in den Bergstädten denselben Klang wie einst der Name Cromwell für die Kinder Islands.

Die schweren Kämpfe wurden mit wechselndem Glück geführt. Bald diktieren das almächtige Kapital den Frieden, bald wurde es zur Kapitulation gezwungen. In diversen Städten oder Distrikten wurde der Achtstundentag erteilt, den für unkonstitutionell zu erklären auch kein Richter gewagt hat; über ein Minimallohn von 3,50 \$ bis 4 \$ erreicht, während der Lohn in den unorganisierten Bezirken nur 1,75 \$ ist.

In der Besetzung der politischen Mühre im Staate Colorado waren die Arbeiter bis jetzt noch nicht sehr glücklich. Dies hat seine allgemeine, große Ursache in der alten Bevölkerungsklassen beherrschenden Demoralisation; dann im besonderen in der Illusion der Arbeiter und der Masse der (frisch) Eingewanderten aus rückständigen Gegenden Europas. Die sozialistische Partei hat im Staate 881 Mitglieder; bei den letzten Wahlen (1908) sammelte sie 13 498 Stimmen, das sind 5,17 Prozent des Votums im Staate.

Zur Charakterisierung der politischen Zustände in Colorado will ich hier aus einem bürgerlichen Blatte einige Zeilen zitieren: „Was ist zu tun in Colorado? Wählt bessere Richter! Wer das ist unausführbar, aus dem einfachen Grunde, weil die korrupten Gerichte die Kontrolle der Wahlen an sich gerissen haben. Die nämlichen Stimmzettel, die die Richter wählen, werden von denselben Richtern gesammelt, die durch sie gewählt werden. Noch mehr! Das Obergericht stellt sein Personal in die Wahlbüros (Watchers) und arbeitet und bestraft jeden, der sich weigert, den Gerichtshof zu respektieren. Noch viel mehr! Das Gericht in Colorado wirkt ihm ungünstige Wohlrefusste in den Korb, verweigert die Erlaubnis, die Stimmen richtig zu zählen, weigert sich, Zeugen über den Wahlschwund anzuhören, mischt sich in die Geschäfte der unteren Gerichte, jagt Schwere von dannen, entläßt ordnungsgemäß zu Gefängnis verurteilte Personen, und das Gericht selbst ist korrupt. Der stimmberechtigte Bürger hat keine Gelegenheit zu stimmen. Sein Votum könnte ebenso gut in die erste Kloake geworfen werden. Er hat keinen Anteil an der Bestimmung des Resultats der (sogenannten) Wahlen. Das einzige Mittel, das nach universellen Annahmen der Bürger des „Landes der Freiheit“ ist, ist das Stimmrecht. Nehmt dieses fort, was bleibt dann? In Colorado kann der Bürger ins Gefängnis gejagt werden und wenn er hilft bei Gesetz und Gericht jetzt, ist er schlimmer daran als in Russland.“

Sexte internationale Konferenz der Vertreter gewerkschaftlicher Landeszentralen.

P. K. Montag den 30. August trat in Paris im Café du Globe die Konferenz zusammen. Vertreten waren folgende Länder: England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, die Schweiz, Italien, Spanien und Nordamerika.

Die Konferenz wurde um 9½ Uhr durch P. de la Motte, dem einen Vertreter der Confédération Générale du Travail Frankreichs eröffnet. Der andere französische Vertreter, der fürchtig gewählte Sekretär der Konföderation, Fouilloux, begrüßte die erzielten Delegierten und sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz zur Erklärung der internationalen Beziehungen beitragen möge. Zu Leitern der Konferenz wurden Piviot und Jouhaux, zum Schriftführer Gossenbach gewählt. Der Vertreter Bulgariens wurde nur als Gast der Konferenz mit beratender Stimme zugelassen. Das gleich wurde einem in Paris lebenden Genossen zugestanden, der die rumänische Gewerkschaftszentrale vertreten sollte. Ferner wurde beschlossen, öffentlich zu tagen.

Sodann nahm die Konferenz folgende Sympathieerklärung an:

„Die 6. Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Paris vereinigten Vertreter von England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, der Schweiz, Italien, Spanien und Nordamerika sprechen den französischen Arbeitern, die Konferenz ihrer Sympathie aus und versprechen, sie in jeder Weise moralisch und materiell zu unterstützen.“ Gleichzeitig erklärt die Konferenz ihre Sympathie den mutigen spanischen Kämpfern, die sich den Mobilmachungsorder durch den Generalstreik widersetzen. Sie spricht die Hoffnung aus, daß es den Arbeitern aller Länder bald gelingen möge, durch ihren Einfluß und durch Unterstützung aller ihrer zur Verfügung stehenden Mittel Kriege zu verhindern.“

Zu seinem gedruckt vorliegenden Bericht möchte der internationale Sekretär Legion noch einige kurze Erläuterungen. Der Bericht beschäftigt sich zunächst mit den Beziehungen zwischen internationalen Sekretariaten und der American Federation of Labor. Die Verhandlungen haben dazu geführt, daß diesmal ein Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften an der Konferenz teilnimmt. Der internationale Sekretär sprach die Hoffnung aus, daß diese Teilnahme zum Anlaß der Föderation an das internationale Sekretariat führen wird. Die Gewerkschaften in Bosnien und der Herzegowina haben den Anspruch an das internationale Sekretariat

entzog. Es wisch dann die Zahl der Mitglieder der angehörenden Länder und die von ihnen geleistete Beitragszahlung angegeben. Stattdessen sei in den letzten drei Jahren keine Angaben über die Zahl der Mitglieder gemacht. Im ganzen umfassten die dem internationalen Sekretariat angehörenden Gewerkschaften 4246000 Mitglieder. Der Beitrag beträgt seit 1905 für 1000 Mitglieder 1 M. jährlich, von 1907 an 1,50 M. Die Beiträge sind im allgemeinen regelmäßig eingelaufen. Die internationalen Berichte, die seit 1908 in drei Sprachen herausgegeben werden, erschienen im letzten Jahr in 2900 deutschen, 1000 englischen und 600 französischen Exemplaren. Zur Vermittlung von Streikunterstützung wurde das internationale Sekretariat in der Berichtsperiode zweimal in Anspruch genommen, einmal für die in Finnland ausgesetzten Metallarbeiter und dann für den jüngsten Kampf in Schweden. In seinen Erklärungen stellte Legien „, daß Gompers selbstverständlich nur dann als vollberechtigter Legiter an der Konferenz teilnehmen kann, wenn er den Anschluß der Föderation of Labor annimmt, im anderen Falle sei auch er als Guest zu betrachten. Die Ausnahme der Landeszentralen vor den Rednern und die Herzogswahl bestätigte der Redner. Im übrigen wies er auf die erfreuliche Tatsache hin, daß die internationalen Verhandlungen sich erweitert und die einzelnen Gewerkschaften sich erstaunlich entwidelt hätten. Nachdem der österreichische Vertreter erklärt hatte, keine Einwendungen gegen den Anschluß der Gewerkschaften Bosniens und der Herzogswahl zu haben, wurde ihre Ausnahme in das internationale Sekretariat vorgenommen.

Auf eine Anfrage von H. v. S. m. a. n. s. (Belgien), ob die Beitragszahlung der Franzosen ihrer Mitgliedschaft entspreche, erklärte Gompers, daß die Franzosen bei der Frage der Beitragsleistung indifferenter gegenüber gestanden hätten, weil der internationale Sekretär den Französischen Gewerkschaften ebenfalls indifferent gegenüber gestanden habe. Es wurde bei dieser Gelegenheit der bekannte Gegensatz der Konföderation zu dem internationalen Sekretär und den übrigen Zentralen bezüglich der auf die Tagesordnung der Konferenz zu legenden Punkte zur Sprache gebracht. Die Diskussion darüber nahm die ganze Zeit bis zum Schluß der Sitzung ein.

Sodann machte Gompers längere Ausführungen über die Entwicklung der Landeszentralen Amerikas und das internationale Sekretariat. Was seine jetzige Teilnahme anlangt, so sei er von seiner Organisation nur beauftragt worden, an der Konferenz teilzunehmen. Eine Erklärung über ihren Beitritt könne er nicht abgeben, er glaube aber bestimmt, daß es zum Anschluß der amerikanischen Gewerkschaftszentrale kommen werde. H. v. S. m. a. n. s. (Österreich) hielt die Erklärung von Gompers nicht für ausreichend. Gompers habe Zeit genug gehabt, mit seiner Organisation Rücksprache zu nehmen, um hier eine bindende Erklärung abgeben zu können. Redner glaubte nicht an den guten Willen der leitenden Personen der amerikanischen Gewerkschaften. Gompers erklärte nochmals, daß er nicht zu entscheiden habe, daß er über bestimmt glaube, daß der Anschluß erfolgen werde; er selbst wolle darauf hinwirken. Es wurde dann beschlossen, daß Gompers als Guest an der Konferenz teilnimmt, und daß ihm das Wort zur Begründung der von den Amerikanern gestellten Anträge überall erteilt wird. Die amerikanischen Anträge sollen dann den internationalen Landeszentralen zur Beratung überreicht werden, so daß sie nach erfolgtem Anschluß der Amerikaner auf der nächsten Konferenz behandelt werden. Der Bericht des internationalen Sekretärs wurde einstimmig gutgeheissen.

In der Vormittagssitzung am 31. August wurde zunächst eine Resolution angenommen, die das Vorgehen der französischen Regierung gegen die Gewerkschaften schärfer verurteilt. Sodann nahm die Konferenz einen Antrag Belgiens an, daß in Zukunft nur die von den angehörenden Gewerkschaftszentralen gestellten Anträge diskutiert werden, daß aber die nicht angehörenden Länder nicht das Recht haben, der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten. Nachstehender Antrag Norwegens wurde nach einer kurzen Begründung durch Legien angenommen: „Als Grundlage für die jährlichen internationalen Berichterstattungen der Landesorganisationen an das internationale Sekretariat sind solche Bestimmungen auszuarbeiten und solche Bezeichnungen festzulegen, daß für die Angaben möglichst einheitliche Voraussetzungen geschaffen werden.“ Legien begründet folgenden Antrag Deutschiens: „Die Konferenz beschließt, die gewerkschaftlichen Landeszentralen zu ersuchen, die Streikstatistik einheitlich zu führen; und, sofern diese Statistik durch staatliche Behörden aufgenommen wird, dahin zu wirken, daß die Ausnahme nach einheitlichen Säcken erfolge.“ Der Antrag wurde angenommen.

Eine längere Debatte entstand über einen Antrag Deutschiens, der an den Beschuß der letzten internationalen Konferenz in Christiantia von 1907 erinnert und verlangt, daß Mitglieder solcher Verbände, die der gewerkschaftlichen Landeszentrale ihres Landes angeschlossen sind, wenn sie in einem anderen Lande auftreten, in die dortige Berufssorganisation einzutreten, in dem es kommen werden müssen. Der Antrag normiert dann im einzelnen noch die Übertrittsbedingungen. Sassenbach begründete diesen Antrag und verwies darauf, daß die meisten Länder schon so handeln. Eine Ausnahme mache England, wo den zureisenden Gewerkschaftsmitgliedern vielfach Schwierigkeiten gemacht werden. Das habe bereits auf der vorigen Konferenz in Christiantia zu einer Aussprache und zu einem entsprechenden Beschuß geführt. Auch die englischen Delegierten hätten sich für eine Ermächtigung der Übertrittsbedingungen erklärt. Man habe nichts gehört, daß in England diese Frage behandelt wurde, weshalb an die englischen Delegierten die Frage zu richten sei, ob sie Schritte unternommen haben, den Beschuß durchzuführen. — Appleton, der Generalsekretär der englischen Föderation, erklärte, daß der Bericht von Christiantia im Jahresbericht der englischen Föderation veröffentlicht wurde. Zur Beratung auf dem Trade Unions-Kongress sei die Resolution nicht gekommen, da die Föderation als solche nicht das Recht habe, den Antrag zu stellen. In England beständen große Schwierigkeiten, einen Beschuß einer Konferenz zur Durchführung zu bringen, da die Demokratie so stark entwöhnt ist, daß die einzelnen Organisationen sich auch selbst durch die Konföderation (Gewerkschaftskommission) keine Vorschriften machen lassen. Man werde versuchen, den englischen Gewerkschaften die Frage näher zu bringen, dazu gehöre aber Zeit. Dann verhindere auch das ausgedehnte Unterstützungsweise der englischen Gewerkschaften, zwischen den Berufsgenossen die vollen Rechte zu gewähren. In der Debatte, an der sich Vertreter verschiedener Länder beteiligten, wurde es als unangemehm bezeichnet, daß man sich in England immer auf die Demokratie beziehe, die es verhindere, gesetzliche Beschlüsse auszuführen. Wenn die leitenden Personen die Absicht haben, etwas durchzuführen, dann würde ihnen auch die Möglichkeit gegeben sein, die Mitglieder aufzuführen. Auf verschiedenen internationalen Kongressen konnte festgestellt werden, daß gerade die englischen Vertreter über internationale Fragen schlecht unterrichtet seien, ein Beweis dafür, daß sie nicht genügend orientiert waren. Die englischen Gewerkschaften seien bereits so lange dem internationalen Sekretariat angehört, daß man erwarten könne, daß sie über alles unterrichtet wären. Von einem Beschuß wurde Abstand genommen, in der Erwartung, daß die Aufforderung die englischen Gewerkschaften antreten werde, dem Beschuß von Christiantia zu entsprechen.

Bei dieser Gelegenheit führten die Vertreter der französischen Gewerkschaften darüber Klage, daß die in Paris angesetzten deutschen Gewerkschaften sich eine besondere deutsche Organisation geschaffen hätten und sich vielfach weigerten, den französischen Gewerkschaften beizutreten. Hierzu erklärte Legien, daß die deutschen Gewerkschaften ein solches Vorgehen auf keinen Fall für richtig hielten. Man erwartete ganz bestimmt, daß die in Frankreich beschäftigten Deutschen sich ihrer französischen Berufsorganisation anschließen. Die Generalkommission habe angemerkt, daß das deutsche Gewerkschaftsamt in Paris nichts anderes sei als eine Auskunftsstelle, die den der französischen Sprache nicht mächtigen zureisenden Deutschen helfen und sie ihrer französischen Berufsorganisation zuführen will. Falls das nicht der Fall sei, würde man jede Beziehung zu diesem Kartell abbrennen.

Die Niederlande beantragten, einen besoldeten Be- treuer anzustellen, der den Vertrag zwischen den Landeszentralen

zu vermitteln, auch Unterredungen zu berichten und die Herausgabe eines Korrespondenzblattes über regelmäßige Rundschreiben zu vereinbaren habe. Es wurde beschlossen, es bei dem jetztigen Anstand zu befragen und legten das Recht zu geben, eine von dem internationalen Sekretariat angenommene. Das der Herausgabe eines besondern internationalen Organs soll Abstand genommen werden, borgen solle die Mitteilungen in Form von Circularien aufzubauen werden. In der Nachmittagssitzung begründete Gompers folgenden Antrag:

„Die Internationale Konferenz empfiehlt den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der Errichtung einer Internationalen Arbeitskonferenz, wobei die Selbstständigkeit der Arbeitervbewegung jeden Landes be stimmt und garantiert bleibt. Der Stand der Internationalen Konferenz soll der Schrift und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder und die Schaffung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität.“ Gompers führte aus, daß die jetzige Benennung als internationales Sekretariat den Arbeitern nicht genügend verständlich sei. Sie möchten doch eine nähere Bezeichnung. Sie glauben, daß die von ihnen vorgeschlagene Bezeichnung dem internationalen Sekretariat mehr Inhalt geben werde. Nach dem Beschuß vom 30. August stand darüber keine Diskussion statt; die Landeszentralen haben sich zunächst mit dieser Frage zu beschäftigen. Ein ähnlich lautender Antrag von Belgien wurde zurückgedogen.

Nun kam der dritte Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung: Verantwortung internationaler Gewerkschaftsvereinigung. Es stellte sich hierbei heraus, daß die Delegierten aller vertretenen Länder dem französischen Vorschlag nicht sympathisch gegenüberstehen. Die französischen Delegierten J. ouhaux und V. e. o. begründeten den Antrag hauptsächlich damit, daß die französischen Gewerkschaften mit der Politik nichts zu tun haben und deshalb an den internationalen Arbeiter- und Sozialistengesetztagen nicht teilnehmen wollen. Die Diskussion zog sich den ganzen Nachmittag hin, wobei die französischen Vertreter erklärten, daß, wenn jetzt der internationale Kongress abgelehnt werde, die Frage auf jeder Konferenz wiederleben werde. Für diesmal zogen die Franzosen ihren Antrag zurück.

In der Sitzung am 1. September wurde über den Legationskartenantrag für ausländische Arbeiter in Preußen verhandelt. Legien habe die verschiedenen Erfasse der preußischen Regierung gesammelt und im Druck vorgelegt. Er wies darauf hin, daß sich die Maßnahmen der Regierung nur gegen die Arbeiter richten. Durch den Legationszwang sollen die ausländischen Arbeiter rechtslos gemacht werden, damit sie im Interesse der Unternehmer als Streikbrecher wirken müssen. Das preußische Vorgehen widerspricht auch den internationalen Verträgen. Leider habe die preußische Arbeiterschaft keinen Einfluß auf die preußische Gesetzgebung. Dagegen, im Reichstag die Frage zur Sprache gebracht und dort ein entsprecher Antrag angenommen worden. Weiter hätten auch einzelne in Preußen ansiedelnde Länder Veranlassung genommen, auf ihre Regierungen einzutreten, die preußische Regierung zur Zurücknahme ihrer Verfügung zu veranlassen. Es sei nun nötig, dahin zu wirken, daß auch in den Parlamenten der anderen Staaten möglichst zur selben Zeit und in gleicher Weise die Frage behandelt würde. Falls die Konferenz diesem Vorschlag zustimme, könne man sich später über die Form einigen. R. g. o. l. a., der Vertreter Stoltens, und B. ergman von Belgien stimmten dem zu, während die französischen Delegierten auch bei dieser Frage ihre Abneigung gegen den Parlamentarismus zum Ausdruck brachten. Auf Vorschlag der englischen Delegierten wurde dann besonderer Vermittlungsvorschlag angenommen: „Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Ländern alle möglichen Mittel anzuwenden, um die Abschaffung der Legationskartenarten herbeizuführen.“

Von Amerika lag folgende Resolution vor: „Die Konferenz erläutert, daß es das Ziel der Arbeitervbewegung aller Länder ist, mit allen Kräften die Arbeit der Arbeiter aus einem Lande in andere Länder in Zeiten industrieller Depression, während der Dauer von Lohnkämpfen oder wenn solche bevorstehen, zu verhindern. Es ist die Pflicht der verantwortlichen Arbeitervertreter des in Frage kommenden Landes, den internationalen Sekretär zu informieren, daß er sofort den Vertretern der Arbeiterschaft jedes Landes Mitteilung macht.“ Da gemäß eines früheren Beschlusses darüber nicht diskutiert werden konnte, wurde die Resolution zur Kenntnis genommen.

Nach einer kurzen Begründung durch den englischen Delegierten A. p. p. l. e. t. o. wurde ein Antrag angenommen, wonin die Handlungweise der Arbeiter, die sich den Unternehmertarifverträgen vertragen haben und dadurch in fremde Arbeitslämpfe eingespannt, verurteilt wird. Der Beschuß verurteilt ferner die Haltung derjenigen Arbeiter, die als Gesetzte engagiert wurden, aber bei Kämpfen die Arbeit von Hafenarbeitern ausführen. Die Konferenz begrüßt die Versuche der englischen Arbeiterpartei, die Anwendung des Prinzips des Foreign Enlistment Act (Gesetz betreffend Anwerbung im Ausland) auch auf die Organisation von Streikbrechertransporten nach anderen Ländern zu sichern.

Die Gewerkschaftszentrale Dänemarks hatte folgenden Vorschlag gestellt: „Ist die Konferenz mit den dänischen Gewerkschaften darin einig, daß die gegenwärtigen, von der privatkapitalistischen Produktionsweise verursachten und von den Arbeitern so hart empfundenen äußerst schlechten ökonomischen Verhältnisse es als dänischen Staat erlauben lassen, daß das größte Gewicht auf die Arbeitsschutz der täglichen Arbeit gesetzt wird? Und im bejahenden Falle: Billigt man, daß sich die dänischen Gewerkschaften darauf vorbereiten, Förderungen auf Herausbildung der Arbeit zu stellen, selbst mit der Gefahr vor Augen, daß die Durchführung dieser Forderung einen großen Schaden im Gefolge haben könnte? Und kann hierbei auf eine soziale Unterstützung des Systems von den Gewerkschaften der anderen Länder gerechnet werden?“ Maden begründete den Antrag und wies auf die Wichtigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit und auf die Anstrengungen hin, die bisher die dänischen Arbeiter gemacht haben, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Auf Vorschlag von H. e. b. e. r. überwies die Konferenz die Angelegenheit dem internationalen Sekretär und beauftragte diesen, die nötigen Grundlagen zur Behandlung der Sache herzustellen und die Angelegenheit sodann den einzelnen Landeszentralen zu unterbreiten. Dementsprechend wurde beschlossen.

Belgien beantragte, baldigst eine gesetzliche Regelung der Seemannsarbeit in Erwägung zu ziehen. Die Konferenz stimmte diesem Antrag zu.

Ein französischer Vorschlag, der das Studium des Exportantenteils als internationale HilfsSprache verlangt, wurde als Wunsch zur Kenntnis genommen.

Als internationaler Sekretär wurde Legien einstimmig für 1911 in Brüssel bestellt. Die nächste internationale Konferenz soll 1911 in

Es wurde dann noch ein Schreiben des Pariser deutscher Gewerkschaftsvertreters vorgetragen, worin gegen die von französischer Seite erhobenen Vorwürfe ganz entschieden protestiert wird. Darauf wurde die Konferenz geschlossen.

Wenn einer Klumpe um tau mi seggt:

„Ich mak dat allen München recht.“
Denn segg ic: „Leive Fründ, mit Gunst.“
O, lihre f mit des sware Kunst.“

Gris Reuter.

Die soziale Reform ist nicht mit Lärmen und Freudengeschrei, nicht mit Klagen und Anklagen, durch Parteidurchbrüche oder Revolutionen herbeizuführen, sondern durch die Erweckung des Denkens und den Fortschritt der Ideen. Ghe man nicht richtig denkt, kann man nicht richtig handeln, und wenn man erst richtig denkt, wird das richtige Handeln folgen. Die Macht ist stets in den Händen der Massen der Menschen. Was die Massen unterdrückt, ist ihre eigene Unwissenheit, ihre eigene kurzfristige Selbstsucht.

Henry George, Soziale Probleme.

Das Genossenschaftswesen.

(1) Die Geschäftsführungsweise des Allgemeinen Verbandes deutscher Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften — fügt gesagt: das Gründer- und Wirtschaftsgenossenschaften — gleich sich seit dem Tage von Brüssel im Jahre 1901, wo der größere Teil der deutschen Konsumvereine sich von ihm löste, durch eine gewisse Vereinheitlichkeit der Intelligenz des ihm angehörenden Schichten und noch weniger seiner Kultur, als vielmehr an einer Ideenbildung des Hauptstücks Dr. Erler, der als freisinniger Politiker für eine sozialistische und kulturelle Weltentwicklung, selbst wenn sie nur evolutionistisch sich anfühlt, nur einmal sein „Vorbild“ besitzt. Und wie er pflegt, in seinem Schriftstil des Verbandes, der fünfzigst seit seinem Bestehen, der ansfangs August in Freiburg i. Br. stattfand, gesagt: Eine neue Absage an die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, an die Sozialisierung der Volkswirtschaft wurde formuliert, als es sich um die Beratung der Angelegenheiten der Konsumvereine handelte. Die Grundlage der Debatte bildete der folgende Antrag des Verbandes rheinisch-westfälischer Konsumvereine:

„So sehr der Allgemeine Genossenschaftstag die Versplitterung der Konsumgenossenschaften Bewegung durch Gründung mehrerer Konsumvereine an einem Orte verurteilt, so wenig kann er die planmäßige Ausdehnung einzelner Konsumgenossenschaften über ihre natürlichen wirtschaftlichen Grenzen hinaus und die damit verbundene Aussaugung oder Unterdrückung an sich lebensfähiger kleinerer Einzelgenossenschaften gutheißen.“

Er erhielt in einem solchen Vorgehen einen Verstoß gegen das Interesse der Genossenschaft, insbesondere auch gegen den wichtigsten genossenschaftlichen Grundgedanken: Selbstständigkeit der Einzelgenossenschaft; er hält dasselbe zudem für nicht mehr mit der gegebenen äußeren Form der Genossenschaft vereinbar.

Er glaubt, daß der zu erreichende Zusammenschluß der Konsumvereine auf anderer Wegen (Verbänden, gemeinsamer Einkauf, Geschäftsführerversammlungen etc.) zu erreichen sei, als durch ein Ausgehen kleinerer Einzelgenossenschaften in eine große Centralinstanz.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem besonders der Herr Professor Dr. Erler — er erhielt den neuen Titel aus Anlaß des 50. Verbandstages — sich mit voller Wucht gegen die Sozialisierung der Volkswirtschaft und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel aussprach. Die Sache wurde, entsprechend dem Geiste freisinniger Manchesterpolitiker, recht heftig und schließlich behandelt. Den Widerspruch der Praxis merkte „das Völker“ gar nicht mehr. Es ist nämlich bei den Konsumvereinen des Allgemeinen Verbandes auch nicht dies anders als bei denen des Centralverbandes: ihre Grundidee richtet sich nach dem Prinzip des Genossenschaftswesens, das Zusammenballung von Wirtschaftskräften; ihre Entwicklung und ihre Methoden nach den Wirtschaftsbedürfnissen der Mitglieder. Daraus ergibt sich mit der gleichen Notwendigkeit wie beim Konsumvereinwesen allgemein neben dem Kollektivismus der Warenverteilung die allmäßliche Entwicklung der sogenannten Eigenproduktion, das ist die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“. Und die ist im Gründerischen Verband schon so weit gediehen, daß von den 60 Millionen Mark Umsatz der Konsumvereine im eigenen Geschäft für nicht weniger als 6½ Millionen Mark Ware in eigenen Betrieben hergestellt werden sind. Die Praxis schlägt also der Erlerischen Theorie direkt ins Gesicht. Und mit vollem Recht. Verständlich wird der neueste Faux pas dieses Genossenschaftsgeneralen und seiner Freunde nur durch die blinde Wit, mit der Dr. Erler auf alles hineinschlägt, was auch nur irgendwie vom Centralverband deutscher Konsumvereine kommt. Hier liegt der Grund degradierend. Weil der Centralverband einer häufig recht unnötigen und unvorteilhaften Versplitterung der Konsumkräfte eines Bezirks in viele kleine Konsumvereine durch Errichtung sogenannter Bezirksonsumvereine prinzipiell und zielbewußt vorbeugen und die Entwicklung des Konsumvereinwesens nach dieser Richtung beeinflussen will, das heißt wurde der Antrag und die Ansprüche Dr. Erlers dazu gegen die „Vergesellschaftung des Konsumvereinwesens“, gegen die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ losgelassen. Spottet seiner selbst und weiß nicht wie; spottet dem innersten Wesen der genossenschaftlichen Organisation; spottet schließlich auch seinem Altmälster Schulze-Delitzsch selbst. Dieser nämlich erwiderte „in der zweiten Klasse der Assoziation, der eigentlich gewerblichen oder produzierenden, den Giebeln nicht des Systems“. So ließ in seinem Buche „Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland“, wenigstens nach einem Titat, das wie in Dr. Hans Erlers „Grundriss des deutschen Genossenschaftswesens“ (Ausgabe 1908) finden. Daß der produktiven Assoziation die konsumgenossenschaftliche in der Wirtschaftsentwicklung der letzten Dekaden vorangegangen ist, und jene sich allmählich auf dieser aufbaut, macht dem „Gipfelpunkt des Systems“ gar nichts aus und lenkt die Sicht auf nur als eine der Tatsachen, wonach es mestens anders kommt, als man sich's denkt. Tiefdals aber hat sich Dr. Erler wieder einmal nicht nur in Widerspruch mit der Praxis der Tatsachen, sondern auch mit der letzten Aussage seines Liebgottes Schulze gesetzt. Daß hierbei nicht nur „blinder Eifer“ gegen den Centralverband, sondern auch ein gut Stück Rückstahnahe auf die mittelständische Zusammensetzung des „Allgemeinen Verbandes“ misst, läßt sich denken und die theoretische Verkürzung gegen die Sozialisierung der Volkswirtschaft „verständlich“, aber nicht gerechtfertigt erscheinen. Im übrigen richtet ja Dr. Erler das „Ungült“ nur in seinen Kreisen an, das heißt, die 274 Konsumvereine seines Verbandes mit ihren 250 000 Mitgliedern haben es mit sich selbst abzumachen, wie sie ihre ökonomischen Entwicklungs-tendenzen mit dem direkt widersprechenden theoretischen Ausschaffungen ihres Führers in Einklang bringen wollen. Die übrigen 1000 deutschen Konsumvereine mit über 1 Million Mitgliedern kommen ohne solche Widersprüche aus und gebelten dabei ganz gut.

Noch einige Zahlen über die Zusammensetzung des alten Verbandes und seine wirtschaftlichen oder finanziellen Leistungen dürfen wenigstens anlässlich seines Jubiläums am Platze sein. Er zählt neben den 274 Konsumvereinen mit 250 000 Mitgliedern rund 1000 Kreditgenossenschaften mit 550 000 Mitgliedern, 118 Bau-Genossenschaften mit rund 40 000 Mitgliedern und noch eine Anzahl Genossenschaften verschiedener Art, so daß er 1908 einen Gesamtbefund von 1500 Genossenschaften mit rund 900 000 Mitgliedern umfaßte. Die Schwerlast seiner Leistungen liegt auf finanziell-wirtschaftlichem Gebiet, das heißt bei den Kreditgenossenschaften: Gewährte Kredite von jährlich 3500 Millionen Mark, Geschäftsaufgaben der Mitglieder mit 176 Millionen, 1200 Millionen Mark Aktien, 72 Millionen Reserven, 920 Millionen fremdes Kapital, ein Jahresumsatz von 10 500 Millionen Mark und 18 Millionen Mark Reingewinn beweisen schließlich, daß die Bedeutung des Allgemeinen Verbandes nicht von den naiven Doktrinen eines neu gebildeten Professors abhängig sind.

trichterung wurden Versprechungen gemacht, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Aber die Versprechungen wurden nur kurze Zeit gehalten, dann wurden die Löhne wieder geändert. Wenn auch durch die damalige Arbeitszeitabrechnung keine Verbesserungen erreicht worden waren, so wurde doch endlich jedoch erreicht, daß die Formier sich der Organisation anschlossen. Der Verdienst des Formier ist seit Mai vorligen Jahres um 10 bis 20 Prozent gestiegen, so daß der Höchstlohn nur 6,30 M. bis 6,50 M. pro Stunde beträgt. Über den verdienten Lohn wurden bisher die Formier bis zum Lohnstag im unklaren gelassen, feste Stundenlöhne oder Altkordstücke gab es nicht, es war in das Weiterleben des Formiermeisters gestellt, wieviel er dem Formier berechnen wollte. Ist es doch vorgesehen, daß von zwei Formern, die zusammen arbeiteten, der eine (ältere) in 28 Schichten 108 M., der andere (jüngere) in 18 Schichten 110 M. nach der Berechnungsmethode des Formiermeisters verdient hatte. Als im Juli ein Formier seine Entlassung nahm, sollte er 97 M. verdient haben. Also er damit nicht einverstanden war, stieg der verdiente Lohn auf 118 M., als auch dieses Formier noch zu wenig war, wurden 129 M. ausbezahlt. Auf den Lohnstücken wird die Stundenzahl nicht angegeben, so daß die Formier nicht nachrechnen können, ob auch die auf Befehl gemachten Überstunden bezahlt werden sind. Bereits im Februar ds. Jz. wurde in einer schriftlichen Eingabe an die Direktion um Aufbesserung der Löhne und Besetzung der Missstände ersucht. Es wurde auch von der Direktion eine Kommission eingesandt und auf Grund der Aussprache wurden auch einige Missstände beseitigt. In bezug auf die Löhne stellte sich die Direktion auf den Standpunkt: es würde in Allord gearbeitet und sie ordnete an, daß in Zukunft Altkordzettel herausgegeben werden. Die Altkordzettel wurden auch eine kurze Zeit vom Formiermeister herausgegeben, nachher unterblieb dieses wieder, es wurde aber den Formern aufgehoben, falls der Ingenieur nach den Altkordzetteln fragen sollte, zu sagen: Sie hätten welche bekommen. Die Lohnberechnungsmethode blieb unverändert, der Meister setzte die Löhne nach Guldenkten fest, nur daß diese von Monat zu Monat niedriger wurden. Im Juli wurde nochmals in einer schriftlichen Eingabe die Direktion darauf aufmerksam gemacht und ihr der Vorschlag unterbreitet, auf folgender Grundlage feste Stundenlöhne einzuführen: Für Formier im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit die Stunde 40 S. Von da an bis zum 20. Lebensjahr die Stunde 50 S., vom 20. bis zum 28. Jahre 55 S., für ältere Formier 60 bis 65 S. Dieser Vorschlag wurde von der Direktion abgelehnt und nochmals angeordnet, daß nur in Allord gearbeitet werden sollte, und der Formiermeister wurde angewiesen, bei jeder angefangenen Arbeit den Formern Altkordzettel zu geben. Von einer vorherigen Verelubartung des Altkordstücke ist aber keine Rede, der Formier bekommt in den meisten Fällen den Altkordzettel, wenn die Arbeit beinahe oder schon ganz fertig ist, der Preis ist aus dem Bettel angegeben und damit ist die Sache für den Formiermeister erledigt. Am Schluß des Monats August rechnete nun der Formiermeister zum erstenmal mit den Formern nach den Altkordzetteln ab und da waren folgende hörende Löhne verdient worden: Eine Kolonne von zwei Mann, jeder 25 Schichten, erhielt zusammen 116 M. (pro Mann 58 M.). Auf diese Summe hatte bereits jeder 65 M. Abschlag erhalten, so daß, wenn dieser Verdienst gelten sollte, noch jeder Formier am Lohnstag Geld mitbringen müßte. Eine Kolonne von zwei Mann erhielt für 43 Schichten 113,50 M., eine andere Kolonne von zwei Mann für 50 Schichten 173,80 M. Der höchste Lohn, der bis zum 2. Sept. berechnet wurde, betrug für zwei Mann 278 M., dabei wurde aber Arbeit mit verrechnet, die noch lange nicht fertig ist. Als sich einige Formier mit dem Meister über diese Löhne auseinandersetzen, wurde ihnen geantwortet: der Ingenieur hat mir gesagt, wenn das nicht paßt, der kann zum Teufel gehen. In einer Werkstattversammlung wurde zu diesen Vorcommittissen Stellung genommen und beschlossen, über die Gießerei die Sperrre zu verhängen. Die Sperrre ist von den in Betracht kommenden Organisationen: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Hirsch-Dunderscher Gewerksverein und christlicher Metallarbeiter-Verband anerkannt worden. Der Zugang von Formern und Gießerarbeitern nach dem Wittener Gußstahlwerk ist fernzuhalten.

Glemper.

Danzig. Bis zum Jahre 1905 herrschte im Danziger Klempner- und Installationsgewerbe bezüglich der Bezahlung der Löhne, Ueberstunden u. j. w. ein vollständiges Zohntabohu. Die Kollegen untereinander waren sich völlig fremd. Deshalb waren Stundenlöhne von 20 bis 25 h keine Seltenheit. In dieser Situation setzte eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband geleitete nachhaltige Agitation ein, deren Folge war, daß die große Mehrzahl der Kollegen sich dem genannten Verband als Mitglieder anschlossen. Im Frühjahr 1906 stellten die Kollegen an die Meister und an die Installationsfirmen Forderungen, die den Abschluß eines Tarifes zum Ziel hatten. Die Meister lehnten jedoch eine Verhandlung mit der von den Kollegen gewählten Lohnkommission ab. Am 16. Juli legten die Kollegen geschlossen die Arbeit nieder. Schon nach 2½ Wochen war der Kampf beendet, das Ziel erreicht. Der Erfolg war der Abschluß eines Tarifvertrages, der eine Regelung der Arbeitszeit und Montagezulagen, sowie Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und eine durchschnittliche Lohnauflistung von 8 h pro Stunde in sich barg. Dieser Erfolg war um so höher anzuschlagen, als die Mehrzahl der Streikenden für Streikunterstützung nicht bezugsberechtigt waren und nur aus der Volkskasse unterstützt wurden. Durch Zahlung eines Lokalzuschlages von der Mitgliedschaft Danzigs wurden die gemachten Ausgaben gedeckt. Die Kollegen hatten die Notwendigkeit der Organisation kennengelernt. Dieser Beitrag wurde auf ein Jahr abgeschlossen. In dem Ablaufsjahr 1907 machten sich bereits die ersten Anzeichen einer Krisis bemerkbar, dennoch gelang es am Einigungsamt des hiesigen Gewerbege richts, den Tarif zu erneuern mit einem Lohnauflistung von 5 h pro Stunde. Damit war ein Streik vermieden worden. Der Minimallohn betrug nunmehr für selbständige arbeitende Gesellen und Monteure 50 h pro Stunde gegenüber 35 bis 40 h im Jahre 1905. Diese Erfolge waren einzige und allein dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu zuschreiben. Da war für die „christlichen“ Strategen, für die Organisationszersplitterung zu warten, noch kein Platz. Erst das Krisenjahr 1908 mit der entsetzlich großen Zahl der Arbeitslosen löste das Band der Organisation. Die Unternehmer versuchten → leider mit Erfolg → die getroffenen Vereinbarungen zu umgehen. Die Macht der Unternehmer wuchs durch die Arbeitslosigkeit und diese Macht missbrauchend wurden Arbeitsordnungen in den Werkstätten eingeführt, die den abgeschlossenen Beitrag zum Teil aufshoben. Die Forderung der Organisation, die tarifwidrigen Arbeitsordnungen zurückzuziehen, lehnten die Meister und die Firmeninhaber ab; demzufolge wurde der 1907 abgeschlossene Vertrag am 2. Dezember 1908 von der Arbeiterschaft aufgehoben. Dieser Schritt war auch zugleich das Signal für die Arbeiterschaft zu neuem Kampfe. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sammelte die Berufskollegen. Ein Tarifvertragsentwurf wurde von den Kollegen ausgearbeitet und sollte den Meistern und den in Betracht kommenden Firmen zugesandt werden. Während dieser Zeit wurde eine Statistik aufgenommen über die Organisationszugehörigkeit, sowie die Dauer der Mitgliedschaft. Noch ehe diese Arbeit fertig war, erschien am 24. Mai im „Bestpreußischen Volksblatt“ eine Notiz, die von „rot“ Klempnern faselte, die den 1907 abgeschlossenen Tarif „selbstberlich“ und „eigenmächtig“ gekündigt hätten. Falls man den „christlichen“ Verband nicht als gleichberechtigten Faktor anerkannte, käme für ihn ein eventueller Streik nicht in Frage. Schon im Mai drohte also der „christliche“ Metallarbeiter-Verband mit dem ergangenen Streikbuch. Am 29. Mai war unsere Statistik fertig; da stellte sich heraus, daß vier Kollegen dem „christlichen“ Verband angehört neben 113 im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten. Trotz des abnormen Verhältnisses wurden Ihnen 2 von 6 Sitzen (!!) in der Lohnkommission zugebilligt. Gemeinsam wurden nunmehr am 16. Juni die Forderungen

eingezieht. Am 23. Juni lehnte die Klempnerbewegung sowie der Arbeitgeberverband jegliche Verhandlung mit der Metallarbeiterföderation ab. In einer am 20. Juni abgehaltenen Versammlung wurde am 27. gegen 9 Uhrmachen die Arbeitsniedrigstellung beschlossen. Am 17. August — nach zweitägigem Kampfe — wurde der Streik von den Kollegen für beendet erklärt, nachdem die Verhandlungen ergebnislos und farblich bis 31. August 1911 fortgesetzt waren. — Doch mit des Geschädigten Wächten in Lein ewiger Bund zu siechen. Der schwärze Beauftragter Münster vom „christlichen“ Metallarbeiter-Verband brüllte Tag und Nacht böse Lüste. Die Unzufriedenheit der im Kampfe stehenden Kollegen war ihm ein Dorn im Auge. Die Arbeiterschaft in zwei Lager zu spalten, das war sein Ziel. Mit wenigen Minuten Münster arbeitete, mögte nachstehendes beweisen. Am 18. August erschien in *Das Reich* folgende Meldung: „Der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verbandsbeamte Paul Früngel wurde in der am Sonntag stattgefundenen Zusammenkunft der streikenden Arbeiter des Klempnerverbandes als Vumb und Schuf beschimpft, mit häubelt und blutig geschlagen. Diese Schauermär ist echt „christlich“, ganz Münstersches Habitus! Die Wahreheit ist: Zwei Klempner hatten in Thorn Arbeit erhalten und erhalten das Fahrgeld dorthin aus der Streitkasse. Die Arbeiterschaft behagte ihnen nicht und beide kehrten zurück. Die Streikunterstützung erhielten dieselben auch für die Tage ihrer Fahrt ausbezahlt. Er kroch in verlangten beide das Fahrgeld für die Rückfahrt nach Danzig. Dieses wurde ihnen verweigert unter dem Hinweis, daß ihnen das für die Streikunterstützung ausgezahlt sei. Nunmehr glaubten beide ihren Verger in Husek ersäßen zu müssen und sie mußten deshalb aus dem Lokal entfernt werden. Hierbei erhielt Fr. eine Nekrose am linken Ohr. So sieht die Mißhandlung im Lichte der Wahrheit aus. So der „blutig geschlagene“ Verbandsbeamte! Und wenn die beiden Klempner die von Münster zitierten Worte gebracht haben, so doch im Zustand akuter Alkoholvergiftung. Aber „wahrheitsliebende“ Herr Münster schreibt in dem Zeitungsblatt *Westpreußisches Volksblatt*, daß Früngel — nachdem er den Ruhesünder selbst aus dem Lokal entfernt hatte — sich in der Gartenlaube des Streiklokals geslichtet habe und dort von den Kollegen an den Ohren hervorgezogen worden sei. Weiter soll er derselben gewesen sein, daß er am 12. Juni die klaffenden Wunden mit Heilsflester verklebt hatte. Dieses Nachwerk ist von 1 bis 3 eine echte christliche Lüge und völlig aus den Fingern gesogen nach dem bekannten Rezept: „Verleumde lühn, bleibt doch etwas hängen!“ Eine weitere faustdicke Lüge verzapft der Wahrheitsapostel in demselben Artikel, indem er schreibt: „Mitgliedsbücher wurden zerrissen und ihm vor die Füße geworfen.“ Ausdrücklich sei hiermit festgestellt, daß vor, während und nach dem Streik solches nicht passiert ist. Der Aeronaute von Münster, der Schlosser François, der den brautigen Mut hatte, in der am 19. August abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung die Behauptung aufzustellen, er sei derjenige, der solche getan habe, mußte einige Minuten später erklären: „dafür es nicht wahrfest, daß wieder er noch irgend ein anderer beim Streik setzt Mitgliedsbuch zerrissen und beim Beamten vor die Füße geworfen habe“. Das ist die „christliche Wahrheitsliebe“. Der „christliche“ Verband, deren Leiter bei vielen Lohnbewegungen in Deutschland eine mehr oder minder zivile Rolle gespielt haben, will die Danziger Klempnerbewegung dadurch vom sicheren Untergang gerettet haben, daß er den nicht organisierten Arbeitern Unterstützungen zubilligte. Die Wahrheit war das nur ein Agitationssmann mit dem Endziel, möglichst viel Stimmen in der Streikversammlung aufzu bringen, um dann unter Ausschaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abzuschließen. Dies Ziel konnte aber mit dieser ausgewählten Sturmgarde nicht erreicht werden. Besanden sich doch unter diesen junkernagelneuen Mitgliedern des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes solche, die wegen Unterschlagung und Betrug aus dem Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen waren. Ferner Gelegenheitsarbeiter, die verärgert waren, daß der Streik schon sein Ende erreicht hatte. Diese Leute sind des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes würdig, der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte aber keine Ursache, ihnen Streikunterstützung zu zahlen. Nach 8 Tagen, am 19. Juli, erklärte der „Kreuzer der Klempnerbewegung“ in der Streikversammlung: „Nun ist's aber genug, jetzt nehmen wir keine Mitglieder mehr auf.“ *Hm graute es selbst vor dem großen Erfolg!* In echt christlich — demagogischer Schwindel manier steht auf dem Einladungsschluß zur Versammlung am 14. August folgendes: „... So hatte der Beamte Herr Paul Früngel durch Verweigerung von Streikunterstützung die Streikende vollständig demoralisiert.“ Daraus sollte jeder Richter geweilt haben, daß Fr. allein Streikenden — auch den Mitgliedern — die Streikunterstützung verweigert habe. Dieser wohlberechnete Schwindel ist zu plump und er charakterisiert den Verfertiger des Handzettels zur Genüge, der nicht einmal den Mut hatte, diesen Machtwort mit seinem Namen zu bedenken. Wahrt ist, daß alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Streikunterstützung erhielten, sogar bis 3 Wochen nach Beendigung des Kampfes, soweit sie nicht in Arbeit treten konnten. Dagegen erhielten die Mitglieder des „christlichen“ Verbandes nach Beendigung des Streiks keine Unterstützung mehr. Mit welcher „Wahrheitsliebe“ von dem „christlichen“ Verbandsbeamten gearbeitet worden ist, beweist auch der Umstand, daß zu der am 17. August abgehaltener letzten Streikversammlung Mitglieder des „christlichen“ Verbandes als Probotateure bestellt waren, um einen Streik vom Zaun zu brechen. Man versah diese mit Zetteln, die die Stichworte enthielten, die sie in die Versammlung hineinschleudern sollten. Sazu wissenschaftlich falschen Denunziatoren sollten die Personen benutzt werden, doch waren diese ehrlicher und wahrheitsliebender als ihr Auftraggeber, indem sie — der Versammlung entzogen. Die gleiche Gemeinde ist war für die öffentliche Versammlung am 19. August geplant. Wohl waren die von Münster erstellten Provokateure anwesend, doch schwiegen sie, weil sie wußten, daß sie die Unwahrheit sagen sollten. In seinem Referat ging Münster auf die Klempnerbewegung so gut wie gar nicht ein. In der Diskussion blieb es unserem Kollegen Früngel vorbehalten, dem „christlichen“ Apostel die Maske seiner Lügenhaftigkeit vom Gesicht zu reißen. Wie unangenehm ihm die Ausführungen Früngels waren, geht daraus her vor, daß er ihn durch fortwährende Wortschentuse zu unterbrechen versuchte. Nachdem die bestellten und anwesenden Provokateure den Dienst verweigerten, hätte Münster selbst deren Rolle übernehmen müssen. Doch mußte er einsehen, daß damit sein Ziel nicht erreichte. Deshalb wurde zu einem Radikalmittel gegriffen, man entzog dem Kollegen Früngel das Wort und schloß die Versammlung und drohte mit dem Hausrrecht. Diese Versammlung, die von circa 800 Kollegen besucht war, zeigte an Anwesenden die „christliche“ Versammlungstafte. Aber dem „christlichen“ Strategen genügte diese Niederlage noch nicht. Zum September war eine neue öffentliche Versammlung von den „christlichen“ nach dem St. Josephshaus einzuberufen worden, in der Münster über die Unstuchtbarkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften reden wollte. In den von „christlicher“ Seite hierzu ausgegebenen, nur an den Kirchen verteilten Handzetteln wurde betont, daß die Scharte vom 19. August wieder ausgeschlagen werden sollte. (Die Christen gestanden also dadurch ihre Niederlage in der Versammlung am 19. August ein.) Da auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband ein Interesse daran hatte, die Klempnerbewegung in breitester Öffentlichkeit zu behaupten, wurden diese Vertrauensleute durch Mundschreiben gebeten, die Mitglieder der Versammlung einzuladen. Diese waren auch vollzählig erschienen. Cirka 1000 bis 1200 Personen waren in der Versammlung wesen. Unmittelbar nach Eröffnung der Versammlung erhielt Kollege Früngel — nachdem es ihm mehrere mal verweigert worden war — das Wort zur Geschäftsförderung. Er stellte den Antrag auf Freiawahl mit dem Hinweis auf die Vorgänge in der Versammlung am 19. August, in der Münster und der Versammlungsleiter in Diskussionsredner fortwährend unterbrochen, ihm schließlich das Wort entzogen und mit dem Hausrrecht gedroht wurde. Wollte man Gottigen Vorwürfen vorheugen und die Redefreiheit garantieren.

hören, so ist das Verlangen nur zu bewilligt. Ein leidliches Wette beweist, daß dies der Wille der Versammlung war. Mit einer erkläre, über dem Unten nicht abstimmen zu lassen, eine Versammlung gebe es nicht. Daburch protestierte er die Wahl am Stellvertretende Person, die sich für mündig erklärte, die Versammlungsleitung selbst zu wählen. Unter labefreiem Brodt führte darauf Minnert die Versammlung. Die Delegierten Arbeiterschaft war damit wieder um eine Erfahrung reicher. Minnert will keine Diskussion unter einwandfreier Leitung, das ist auch dadurch beweisen, daß die „Christlichen“ einer von uns einberufenen öffentlichen Versammlung, zu der wir sie einzuladen, fernbleiben. — So hat auch die bietige Klempnerbewegung der Genüge gezeigt, daß es der gewollte Zweck der „christlichen“ Gewerkschaften ist, die Einigkeit der Arbeiter zu fördern.

Quedlinburg. Der Streit der Klempner und Installateure ist vor 14 Tagen nach $3\frac{1}{2}$ wöchentlicher Dauer mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Unternehmer, die anfänglich nichts von einem Tarifabschluß wissen wollten, haben doch einsehen müssen, daß es besser ist, wenn man sich mit den Arbeitern verständigt. Der Tarif ist abgeschlossen für die Zeit vom 1. September dieses Jahres bis 1. September 1910. Der Mindestlohn beträgt für Gesellen im zweiten Jahre nach beendeter Lehre 88 bis 46,- pro Stunde, für alle anderen Gesellen nicht unter 47,-. Für Junggesellen im ersten Jahre noch beendeter Lehre unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung. Außerdem sind durch den Tarif die Montagezulagen &c. geregelt worden. Alles in allem hat der Tarif für die betreffenden Arbeiter ganz bedeutende Vorteile gebracht. Bei 29 an der Bewegung Beteiligten beträgt die Lohngutschrift pro Woche zusammen 100,80 M. Speziell wurde erreicht: für 1 Gesellen eine wöchentliche Zulage von 7,20 M., für einen 6 M., für 6 1,20 M., für einen 3,60 M., für 9 3 M., für einen 2,40 M., für 6 1,20 M., für einen 60 J. 14 Unternehmer und Meister haben bis 7. September den Tarif unterschrieben. Bis zu diesem Tage hatten ihn noch nicht anerkannt der Tiefbauunternehmer G a r d t l e, die Klempnermeister U g r i c o l a und G r o h - n i a n u. Die beiden Meister beschäftigen zurzeit keine Gesellen, sie glauben deshalb, den Tarif nicht zu gebrauchen. Der Tiefbauunternehmer Gardtke hat den Tarif bei Vorlegung zerissen und in den Papierkorb geworfen. Dieser Herr hat in Eisleben ebenfalls eine Firma. Er sucht deshalb in hiesigen Blättern Klempner nach Eisleben, um die dort bei ihm Beschäftigten hierher dirigieren zu können. Wir ersuchen die Kollegen, dieses zu beachten und die Werkstätten dieses Herren in Eisleben und hier zu melden. Das städtische Gas- und Wasserwerk hat es ebenfalls abgeschaut, den Tarif anzuerkennen. Trotzdem haben aber die dort beschäftigten Installateure einen Vorteil von der Bewegung gehabt, denn es erhielten, wie wir vor einiger Zeit berichteten, die Kollegen auch dort eine Zulage von 2 bis 5,- pro Stunde. Hinsichtlich erkennt in der nächsten Zeit auch die Direktion des Gas- und Wasserwerks den Tarif an. Es würde damit nicht nur den Arbeitern des Werkes gedient sein, sondern das ganze Gewerbe am Orte würde davon einen Vorteil haben. Wir glauben um so eher diesen Wunsch äußern zu dürfen, da doch die Direktion sonst nicht in dem Rufe steht, arbeiterfeindlich zu sein.

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungstelle hielt am 30. September in Freiherr's Festhälen ihre ordentliche Generalversammlung für das laufende Vierteljahr ab. Der Rendant, Kollege H e n n i n g , erläuterte zunächst den zur Verteilung gelangten Kassenbericht vom zweiten Quartal. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren bei der Hauptkasse mit 633 036,20 M., die Ausgaben betragen unter anderem für Reisegeld 4620 M., Unterstützung bei Umzug 1540 M., Krankheit 130 252 M., Arbeitslosigkeit 251 898,60 M., Streiks 120 058 M., Maßregelungen 28 880,80 M., in besonderen Rotsällen 1070 M., Sterbegeld 3495 M., Rechtshaus 7948,19 M. Von der Hauptkasse war ein Zuschuß von 250 000 M. geleistet worden. Die Volkskasse schließt ab mit 958 568,58 M. Aus dieser Kasse war für Streiks noch 40 463,40 M., für Maßregelungen 8150,10 M., in besonderen Rotsällen 9029,40 M. gezahlt worden. Unter den Einnahmen befanden sich außer diversen Sammlungen und Spenden von 1755,35 M. auch der Arbeitsverdienst vom 1. Mai von den Angestellten und Hilfsarbeitern des Verbandes sowie von unseren Mitgliedern bei der General- und Gewerkschaftskommission mit 273,85 M. Der Kassenbestand betrug am 30. Juni 832 776,61 M. In der Diskussion beharrte Kollege F r a n k e das Ergebnis der erhobenen Extrabeiträge. Es seien circa 59 000 M. in den letzten beiden Quartalen eingekommen und nur 25 000 M. in dieser Zeit für die Ausgesteuerten ausgegeben worden. Er sei zu der Ansicht gekommen, daß von den Reichertheuren und der Verwaltung eine große Anzahl von berechtigten Ansprüchen abgewiesen worden seien. Des Weiteren meint er, daß bei Ausihilfen nicht immer die geeigneten Kollegen ausgesucht würden. Hierzu bemerkte Kollege C o h e n , Franke könnte wohl schwerlich einen Fall mitteilen, daß ein Kollege, der als arbeitslos ausgesteuert gewesen und somit Berechtigung zur Ausgesteuertenunterstützung hatte, diese nicht erhalten habe. Wenn irgendwo, seien die Mitglieder aus diesem Fonds ausgiebig unterstützt worden. In bezug auf die Aushilfskräfte sei ebenfalls über das Ziel hinausgeschossen, denn der Fall, auf den angespielt, könnte nicht verallgemeinert werden. Es handle sich darum, daß ein Hilfsarbeiter einem Kollegen auf Grund einer falschen Unterschrift 10 M. zu Unrecht gezahlt habe und hierdurch dieses Manövre hatte, das aber gedekt wurde. Es sei wohl unbedeutend zu nennen, wenn ein solcher Fall bei einer Auszahlung von circa 400 000 M. einmal vorgekommen ist und es dürfte das wohl nicht zu einem derartigen Montum Anlaß geben. Nachdem noch einige Kollegen hierzu gesprochen, wurde vom Kollegen D r ä g e r namens der Revisoren beantragt, dem Rendanten Decharge zu erteilen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bezuglich der M a i b e t t ä g e erklärte C o h e n , unsere angestellten Kollegen hätten entsprechend dem Künzberger Parteitagsbeschluß diese Beiträge an unserer Kasse als die Kasse abgeliefert, aus der eventuell unsere Kollegen auch die Unterstützung beziehen würden. Er ist der Überzeugung, daß in Zukunft ebenso gehandelt werden soll, entgegen Versuchen, die von anderer Seite ancheinend geplant werden. Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Verhalten der Kollegen in dieser Frage einverstanden. — Bei den Wahlen zur engeren Ortsverwaltung wurden gewählt: Zum zweiten Bevollmächtigten H a n d l e , zum ersten Kassierer H e n n i n g , als Revisoren K. S c h m i d t , S c h a r f und G r a e d e und als Beisitzer S t o p f s a d . — Von den Spandauer Vertrauensleuten werden die Vertrauensleute von Groß-Berlin ersucht, die Adressen derjenigen Kollegen, die in Berlin und Umgegend arbeiten, jedoch in Spandau wohnen, an die Spandauer Bezirksleitung gelangen zu lassen, damit der Plan, die Aufnahme einer Statistik und die Anlegung einer Kartothek für Spandau zur Ausführung gelangen kann. Kollege C o h e n stellt mit, daß für die kämpfenden schwedischen Genossen die Bezirksversammlungen einhellig dem Vorschlag der Verwaltung, 10 000 M. zu bewilligen, zugestimmt haben. Es sei hier wohl im Sinne sämtlicher Kollegen gehandelt worden. Er ersucht des ferneren, in den Sammlungen nicht nachzulassen, sondern die Schweden in jeder Hinsicht zu unterstützen. Wenn auch die Metallarbeiter bisher äußerst reges sich an den Sammlungen beteiligt haben, so solle man nicht vergessen, wie groß die Zahl der im Kampfe stehenden Arbeitsarbeiter ist; es müßten auch hier wieder die Metallarbeiter beweisen, daß ihr Anteil an den Sammlungen ein der Größe ihrer Organisation entsprechender ist. Ein Antrag, für die schwedischen Genossen nochmals aus der Volkskasse 10 000 M. zu bewilligen, wird, da er nach dem Statut nicht schon in dieser Versammlung zur Abstimmung gebracht werden kann, wie Cohen zusagte, umgehend der Verwaltung vorgelegt und alsbann den Bezirksversammlungen zur Beschlusssfassung unterbreitet werden. Dem Vorschlag, nach Schluß der Versammlung für die kämpfenden schwedischen Arbeiter eine Kellersammlung vorzunehmen, wurde zugestimmt. Das Ergebnis war

Erlangen. Der Regulator führt sich bewußt, in Nr. 30 des Verhältnis unserer Ortsverwaltung einer Frist zu unterliegen. Wie Anfang wird folgendes Vorstommnis handeln: Bei dem Weisungsbefehl an den Betriebsrat und die Arbeitnehmer ist es vorgesehen, die Arbeit, die Arbeit niedergelegen. Ungefähr des Besprechens von St. 300 Gold innerhalb drei Tagen zu beschaffen, wurde diese Frist zunächst nicht ausgeführt. Als am Mittwoch den 11. August der Termin abgelaufen war und Zahlung nicht erfolgte, wurde die Arbeit endgültig niedergelegt. Der endgültige Lohn der Arbeiter betrug circa 3500 M., man kann sich also denken, daß die Arbeiter in dieser Not waren, nachdem sie mindestens bis zu 8 Wochen keinen Pfennig Gold erhalten hatten. Vacuum die Arbeiter sich so lange gehabt haben, hatte keinen Grund darin, daß die Firma als unregelmäßig geltend befunden war, und in der schlechten Geschäftssituation schwer Arbeit aufzutreiben war. Unsere Ortsverwaltung hat in einer Bürgerversammlung den Antrag gestellt, dem Arbeitern ein Drittel ihres Gehaltes als Vorschuss auszubezahlen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Konturs gleichermaßen lange dauern dürfte. Dieser Antrag wurde angenommen, da die Bürgerversammlung es als Ehrenpflicht erachtete, die Kollegen in der Not zu unterstützen, um so mehr, nachdem der Unternehmer seine Familie und sich erschöpft hat. Nun meint der Regulator, dieses Verhalten unserer Verwaltung habe mit einem Kläger nichts zu tun, denn eine Organisation brauche nicht die Günsen des Unternehmers bezahlt. Wir meinen, wenn die Regelung des Regulators noch objektiv urteilen könnte, dann müßte sie zugeben, daß unser Verhalten in diesem Falle eine menschliche Pflicht war. Oder hätte die Verwaltung der Firma ihre Mitglieder dem Stand preisgegeben? Die Ansicht der Oberherrschen ließ uns auf neue den Beweis, daß sie die Interessen ihrer Mitglieder nicht vertreten, denn sonst würden sie in diesem Falle nicht in sonderlicher Weise das Vorgehen unserer Ortsverwaltung mit dem Klassenkampf in einen Kopf werfen. Verleumde nur fest draus, etwas bleibt doch hängen — denken die Herren Hirschelscher in Berlin, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie es den Arbeitern gegangen wäre, wenn sie von uns keine Unterstützung erhalten hätten. Wir können ja die Mut begreifen; ist doch in Erlangen kein Boden für die Bestrebungen des Gewerbevereins vorhanden, deshalb will man im trüben sitzen. Doch werden solche Verleumdungen nicht verhindern, daß uns die Ansehen unserer Organisation in Erlangen zu schädigen. Wenn am Schluß des Artikels der Regulator seine Mitglieder auffordert, uns bei Gelegenheit die richtige Antwort zu geben, so wäre es uns angenehm, wenn die Hirten in Erlangen von ihrem Münsterschiff entwegen und an die Öffentlichkeit treten würden, dann wäre es uns möglich, die letzten paar seiner Mitglieder davon zu überzeugen, daß ihre Interessen nur im Deutschen Metallarbeiter-Verband gewahrt werden.

Leipzig. Einem großen Teil der Kollegen, die Leipzig schon besucht haben, wird die Weltfirma Karl Krause bekannt sein. Bekannt nicht nur als Riesenbetrieb, sondern auch durch dessen Errichtungen und durch die Maximen des Chefs der Firma gegenüber den Arbeitern. Diese Maximen sollen beweisen, daß die Arbeiter von jeder Organisation fernzuhalten. Jahrtausend wurde verjagt, durch Gehörung von Geschenken an Jubilare, durch Verteilen von Schulbüchern an die Kinder der Arbeiter, durch Spenden an die Arbeiterunterstützungsfasse, durch Entfernen eitler im Betrieb Reformen anstrebender Kollegen, durch die Gründung von Fabrikgefangverein und Feuerwehr und durch Veranstaltung von Bildungsstammeln, bei denen Kleinleute verteilt wurden, die Arbeiterschaft der Ausbeutung recht gefügt zu machen. Alle in das Gebiet der nicht bedeutenden Arbeiterschaft und Wohlthätigkeit einschlagenden Einrichtungen wurden bei Krause zur Durchführung gebracht. Um den Einfluß auf die Arbeiter zu verstärken, gründete man sogar eine Betriebsräteklasse, damit ja nur ferngehandelte Arbeiter in den Betrieb aufgenommen werden könnten. Kurz und gut: ein Nachhafen aller die Arbeiter abhängig und unfrei machenden Einrichtungen, à la Krupp. So war es ja auch schließlich nicht zu verwundern, wenn im Laufe der Zeit die Reißer und sonstigen Vorgesetzten eine Behandlung der Arbeiter bestieben, die eher auf dem Kaiserhof posste, als in einem Fabrikbetrieb. Das Lohnzahlungssystem war tatsächlich mit törichten Abschlag. Fast alle Arbeiter, die nicht die äußerste Not drohte zwang, suchten diesen Rusterbetrieb zu meiden. So machte der bei Krause Firma zum Schuppen geworden war, sich lieber freiwillig aus dem Leben, um nicht mehr in diesem Schuppen die Überflüssigkeit seiner Person durch niedrigen Lohn und rigorose Behandlung sich dokumentieren zu lassen. Die Firma sucht immer nach neuen Mitteln, um die Arbeiter zu Sklaven zu machen. So wurde in letzter Zeit da der Beschäftigten wieder eine Überprüfung bereit, die aber das Gegebeute von dem erzeugt, was sie eigentlich herabdrücken soll. Es wurde nämlich eine monatliche Lohnabnahme mit 10% Abzug eingeführt, ebt militärisch. Lohnabnahme, am 15., 25. und 5. eines jeden Monats gibt's Geld, natürlich ist damit eine Regularisierung der Überflüssigkeit verbunden. Durch diese Neuordnung hatten wir natürlich Gelegenheit die dort beschäftigten Arbeiter auf ihr Elend zu richten und die Anwendung durch die Unternehmer aufmerksam zu machen. In zwei innerhalb 4 Wochen abgehaltenen Betriebsversammlungen, von denen jede vom 12 bis 1300 Arbeitern befreit war, belehrte der Steuer, Kollege Krüger, in höchster Weise die dort beschäftigten Arbeiter und zerstörte an der Hand des vorliegenden Materials das neue Lohnsystem. Daß es die höchste Zeit war und daß der Arbeiterschaft aus dem Herzen geschworen werden war, heimlich die Anwendungkeit der Verordnungen, sowie der Langanhänger jährlinge Beifall, der den Ausschüsse des Kollegen Krüger zustimmte. Eine Resolution, die die Verordnung einstimmig annahm und zum Beifall in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, als Interessenvertretung der Arbeiter, einholte, wurde zwar am Samstag der Direktion gebracht, aber offiziell hatte der genannte Arbeiterschaft nicht den Mut, mit der Forderung zu beharren. Durch den Regierungsrat in die Organisation haben die Arbeiter über bewiesen, daß es ihnen Ernst war mit der Annahme der Resolution. Die Hirten ließ ebenfalls noch einige der freigestellten Mitarbeiter sofort bestrafen und nach einer Anfrage des Herrn Kommandanten Rieschke an den Arbeiterschaftsverband, nach die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden als Reaktion für die Siedlungswahlstraße zu beweisen. Jedoch die Harmoniebegier der Arbeiter ist der Ausführungsarbeit der modernen Arbeiterschaft geblieben, sollte werden wir weiter erziehen und nicht eher ruhen, bis der letzte Kollege des Deutschen Metallarbeiter-Verband bestreitet ist, daß die politische Lage auf vorzeitig Verhältnisse bei dieser Weisung zu untersuchen.

Pforzheim. (Dass sollt kein solch Segnungsrede wider den Heinen Röcken!) Unseren Hoffnungen über die Schimpfleistung des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes in Pforzheim, Gaggenau und anderen Orten entgegen der Wunderungen zu einem Verhandlungsbund, bedingt der Nutzenkampf uns Aufsehen haben in Schlesien getrieben. Um den unangemessenen Einstand, den unzulässigen Schimpfungen in den Reihen dieser Organisation gewidmet haben, zu bestrafen, haben die Hirten sofort zwei Versammlungen in Pforzheim und Gaggenau abgehalten, und beide den Herrn Kollegen Krahn unterstellt. Diese beiden Tatsachen von Angestellten berichtet, in der hingerichteten Sitzungen Berichterstattungen besprochen und zum Beispiel in der Nr. 35 des Deutschen Metallarbeiter ein zweiter Spalt lange Konfrontation bestanden. In dem zweiten Spalt jedoch, aber nicht von dem überzeugt, was das zweite Beispiel wurde. Wenn man die hier ausgetragenen Sitzungen beobachten könnte, hätte man die Sache doch sicher anders sehen. Wir haben auf den ein „christlichen“ Schrift, in diesem Metallarbeiterverband werden nun wie der Nutzenkampf uns Menschen betrifft, öffentlich schriftlich, daß dies nicht wahr ist. Als Beweis dafür haben wir die entsprechenden Rechtsurteile und die offizielle Bekanntmachung des Verhandlungsbundes angeführt. Rechtsurteile zeigte uns unsere gegen, daß die Ausstellungserklärung genau dem Schriftzug aus lokalen Mitteln bezogen wurde. Man kann ja nur mit dieser Aussicht wichtige im Widerstreit mit der offiziellen Erklärung des eige-

nen Verbandsvorstandes, der in Nr. 19 des Deutschen Metallarbeiter sagt: Die Verwaltung, welche vorstehen gegen seinen Anweisungen und entgegen den kantonalen Beschlüssen und die Unterstützung aus lokalen Mitteln beobachtet." Zu gleicher Zeit veröffentlichte aber der Vorstand des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes die Überzeugungen der Volksfamilien seiner Organisation, modelle wie feststellen konnten, daß in der „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes in Pforzheim sage und schreibe 328 M. Vermögen vorhanden war, während weiterhin festgestellt, daß von 1900 M. Volksbeiträgen ausgeschlossen 809 M. als Unterstützung aus lokalen Mitteln vorhanden war. Damit haben wir öffentlich nachgewiesen, daß es ein ganz gewisser Schwund ist, wenn die Christen von anderen Organisationen behaupten, sie halten jahrelang gemachte Versprechen nicht ein" u. s. w. und im gleichen Sinne erklären, man bezahle eine Unterstützung aus lokalen Mitteln, während der Hauptvorstand durch die verbandsseitige Jahresabrechnung öffentlich feststellt, daß lokale Mittel nicht vorhanden sind in solche Versprechungen einzuhalten. Damit hatten sich die „schauen“ Bemühungen in der eigenen Schule festgelegt. In spätesten Tagenen hat man der Arbeiterschaft vorgerechnet, daß im „christlichen“ Metallarbeiter-Verband auf den Kopf eines Mitgliedes 27 M. Verbandsvermögen kommt als Garantie für vertragliche Unterstützungen. Als wir aber auf Grund der eigenen Abrechnung dieser Herren feststellten, daß in ihrer Volkskasse an Stelle von bar Geld bezahlt wurde, spielte man die gefürchtete Lebhaftkurst und behauptete, wir besorgten die Geschäftsführer. Wir haben aber der Öffentlichkeit nur gezeigt, was jeder Eingeweihte längst wußte, daß hinter der ganzen „christlichen“ Arbeiterbewegung Pforzheims nichts weiter ist, als ein halbes Dutzend Leute, die sich gerieten wie aufgeblähte Frosche, die in ihrem Größenwahn glauben, sie führen einen Einfluß auf die Bewegung der Pforzheimer Arbeiterschaft aus. Bis heute aber haben die Pforzheimer Christen den Nachweis noch nicht gebracht, daß unsere angegebenen Zahlen über die Ausgaben ihrer Volkskasse nicht richtig wären. Wir bleiben also bei unseren Feststellungen, daß von den Christenbeiträgen, die die Mitglieder des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes bezahlt haben, nur 302,05 M. für Unterstützung verbraucht wurden, der Rest betragt, aber nicht als Reservefonds festgelegt, sondern für Verwaltungszwecken (Agitation u. s. w.) verwendet wurde. Das ist die „reelle“ Finanzwirtschaft der Pforzheimer Zentrum-Metallarbeiter. Geradezu läßlich werden die kleinen Leute aber dort, wo sie uns „behelfen“ wollen, daß wir „geschwindelt“ hätten. Wir haben festgestellt, daß 1. die eigenen Mitglieder mit einer solchen Kampfweise nicht einverstanden seien; 2. noch weniger aber damit, daß ihre Volksbeiträge für Zettungsinteresse verschwendet werden; 3. daß der Vorstand die Erklärung abgab, die Kosten für die Zeitungsinserate, mit der Behauptung, es werde noch wie vor Unterstützung fürs Aussehen bezahlt, trage der Hauptvorstand; und 4. der Antrag, der sich gegen die Tatsack der Ortsverwaltung aussprach, ist mit nur 26 gegen 16 Stimmen abgelehnt worden, worauf 4 Mitglieder ihren Abstimm entzogen haben. Wie sieht nun die „Widerlegung“ dieser Feststellung aus? Wir lassen sie hier im Vorlaufe folgen: „Um für das Mandat wenigstens einen Scheingrund zu haben, werden Dinge zitiert, die direkt aus den Fingern geflogen sind, die den aufgezeigten Schwund personalisiert. Von dem, was die Notiz der Metallarbeiter-Zeitung über eine Mitgliederversammlung berichtet, ist nur das interessant, daß ein Kollege den Vorstand fragt, wie es mit den Kosten des Zeitungskampfes sich verhalte. Nachdem der Vorsitzende die entsprechende Ausklärung gegeben hatte, gab sich der betreffende Kollege zufrieden mit dem Bemerkten, daß er dem Vorstand der Verwaltung zustimme. Alles übrige, wie der Antrag gegen den Vorstand, die Zahl der Abstimmenden und daß vier Mitglieder des Zeitungskampfes wegen ausgetreten seien, ist puren Schwund.“ Wenn mit Schwundereien unangemahne Feststellungen überzeugt werden können, dann wären im „Widerlegen“ unsere Christen Meister. Dazu qualifiziert sie ja schon Ihre Zugehörigkeit zur Zentrumspartei, von der ja ein bedeutender Führer einmali sagt, daß in der Zentrumspresse das Gemeinde an Verleumdungen und Lügen gelehrt werde. Einzig ist aber die Redewendung: Nachdem der Vorsitzende die entsprechende Ausklärung gegeben hatte, gab sich der betreffende Kollege zufrieden. Ja, wie lautete denn die entsprechende Erklärung, Herr Krahn? Doch ja, wie wir berichtet haben, daß die Kosten für die Zeitungssätze die Zettungsinterate die Hauptlast tragen. Dem ganzen Verbrechungsmanöver gegenüber aber erkennen wir nochmal rupp und klar, daß wir das, was wir in der Nr. 34 unserer Zeitung behauptet haben, vollständig aufrecht erhalten und jederzeit bereit sind, dies gerichtlich nachzuweisen. Wir haben uns nur dahin zu berichten, daß das Stimmverhältnis nicht 16 zu 24 war, sondern es haben 18 Mitglieder für die Abstimmungskundgebung gestimmt und nur 24 dagegen. Offensichtlich gelogen ist es aber, wenn gesagt wird, der betreffende Kollege hätte sich „zufrieden“ gegeben. Wie stellen nochmals fest, daß er es gesetzt ist; stellen weiter fest, daß in der Zwischenzeit drei Mitglieder der Ortsverwaltung bei ihm waren, um ihn zum Wiedereintritt zu bewegen. Nur noch eine bezeichnende Anfrage an Herrn Krahn: Wenn unsere Bekämpfungen „ausgelegter Schwund“ und die Mitglieder mit der Leitung vollständig einig sind, warum sind denn zwei Mitgliederversammlungen notwendig, an der jedes Mitglied strikt einstimmen kann und Kollegen als Referent vertrieben wird? Dazu ein zwei Spalten langer Banditur zu den Verbandsorgan und die Veröffentlichung von „Berichterstattungen“? Dies hat verdeckte Schwund mit einem raschhaften Verlust, den ungemein schlechten Gewiss zu verbreiten, den wir unsere Erklärung in den Reihen der „Schule“ gesucht haben. Am haben wir weiter erklärt, daß die Handlungsschule des Zentralvorstandes der „christlichen“ Metallarbeiter, vorwiegend, der Gesamtvorstand habe keine Mitglieder nicht wissenschaftlich engagieren mit seiner Erklärung: „Die Kosten der Zeitungssatzrate werden aus der Hochkasse bezahlt“. Darauflos wäre, denn er hätte damit hinterherum das Gegenteil von dem gemacht, was er offiziell im Verbandsorgan erklärt hat. Damit sollen wir den hinwidrig bilden“ Bericht gemacht haben, einen Streit zwischen Zentralvorstand und Volksverwaltung herbeizutun. Wir glauben, nebenbei bemerkt, daß der Zentralvorstand des „christlichen“ Metallarbeiter-Vorstandes viel eher der „christlichen“ Volksverwaltung Pforzheim das Prädikat der hinwidrig bilden Handlungsschule erteilen wird wegen ihres Verhaltens mit den Zeitungssatzern. Ob zwischen den beiden Parteien ein Konflikt besteht oder nicht, ist uns vollständig gleichgültig, für uns gilt es vor allem, den Schwund aufzuklären, der im „christlichen“ Metallarbeiter-Verband mit der Belieferungszeit der Ausstellungserklärung getrieben wurde. Zum Übrigen liegt die Sache sehr einfach. Herr Krahn darf ja öffentlich nur angeben, was er betrifft der Zettungsinteraten für eine Erklärung ausgegeben hat. Gibt er ja, daß er wirklich gezeigt hat, der Vorstand bezahlt die Zettalte, so muß er gewißt sein, daß ihm in einer revolutionären Rüttelung gezeigt wird, daß dies gelogen ist, anderseits aber steht die 42 Verbandsmitgliedernehmer, die bei einer gegenwärtigen bestimmten Erklärung die Rüttelung erhalten, daß je ihr Vorsitzender wissenschaftlich engagiert hat. Aus dieser Verdecktheit heraus, in der sich Herr Krahn befindet, ist es leicht einzusehen, wann man durch einzelne Aufzählungen die Ausweichfeste der Mitglieder ableiten. Wir stellen unsre Sicht in der Vertreibung der Arbeiterschaften nicht annulliert haben. Sehen wir einmal zu, wie es damit aussieht. Herr Krahn sagt uns, in wievielen Betrieben die Welle nicht bezahlt werde? Man behauptet weiter, auf der ganzen Linie hätten Abordnungen stattgefunden, als Beweis wird ein Betrieb ohne Kenntnis der Firma angeführt, in dem von 250 der Hälfte der bestreitigen Arbeiter ausgewichen worden sei. Richtig, wie wir nun wissen, wollen wir auch diese Frage beantworten. Wenn heute fast durchweg keine

Fragebögen bezahlt werden, so besteht, weil seit 1½ Jahren solche ja gar nicht mehr gemacht werden. Wir befinden uns in dieser Sicht nicht dieser Sicht willkommen in der wirtschaftlichen Bedrohung, wo allenfalls weiter gearbeitet wird. Dort aber, wo trotzdem auf kurze Zeit Überhaupt gemacht wurden, sind die vereinbarten Prozente auch bezahlt worden. Solche Voraussetzungen während der Zeit des schlechten Wirtschaftsganges vorgekommen sind und heute noch vorkommen, ist allgemein bekannt. Dies sind Erscheinungen des übergehenden Wirtschaftsganges, die überall aufzutreten scheinen. Das wurde unsererseits schon in einem Artikel im September 1908 festgestellt und unsere Kollegen dringend erachtet, solche Versuche energetisch zurückzuweisen. Dies ist auch allenfalls, soweit die Hilfe unserer Organisation angerufen wurde, gemacht worden. Wir gehen sogar so weit und teilen der Leitung des „christlichen“ Metallarbeiter alle diese Sicht öffentlich mit, sobald sie uns folgende Fragen beantwortet: 1. Bei welchen Firmen werden für Werkstunden keine Prozente bezahlt? 2. Wie heißt die Firma, die 250 Arbeiter beschäftigt und wo die Hälfte dieser Arbeiter abgebrochen worden ist? 3. Wo und bei welchen Ansätzen hat die Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht eingegriffen, um die Interessen der Volkskasse wahrzunehmen? Der „christliche“ Metallarbeiter-Verband hat zu verschiedenen Seiten behauptet, er wäre die einzige Organisation, die den Volksarbeiter mit Rat und Tat auf Seite steht — die Interessen der Volksarbeiter vertritt 1906 konsequent und mit dem größten Nachdruck — die Interessen der Schmelzmetallarbeiter hat der „christliche“ Metallarbeiter-Verband seit 1906 konsequent und mit dem größten Nachdruck vertreten“ u. s. w. Wir erlauben uns unter Bezugnahme hierauf die Anfrage an die Leitung dieser Organisation zu stellen, sie wollte uns öffentlich Auskunft geben: 1. Was hat der „christliche“ Metallarbeiter-Verband bei den ihm bekannten Fällen, wo keine Prozente für Werkstunden bezahlt wurden, gemacht, damit die davon betroffenen Arbeiter zu ihrem Rechte gekommen sind? 2. Was hat die Leitung des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes bei den ihm bekannten Fällen, wo keine Prozente für Werkstunden bezahlt wurden, gemacht? 3. Bei welchen Firmen und aus welchen Ansätzen hat die Leitung des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes seit 1906 eingegriffen, um die Interessen der Pforzheimer Arbeiterschaft zu vertreten? Wenn die Vertreter des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes darauf Anspruch machen, als anständige, wahrheitsstrebende Männer angesehen zu werden, dann sind sie moralisch gezwungen, die an sie gestellten Fragen umgehend klar und klar zu beantworten.

Schmalkalden. Auch hier hat sich die Krise, besonders bei den Arbeitern in der Gangenfabrikation, seit anderthalb Jahren in hohem Grade fühlbar gemacht. Wer durch irgend einen Grund aus einem Betrieb herauskommt, wurde in einem anderen nicht aufgenommen. 2 bis 3 Tage die Woche mußte fast durchweg ausgesetzt werden, bei manchem dauerte das Aussehen auch ganze Wochen. Es ist noch nicht abzusehen, wann in diesem Industriebezirk wieder eine Besserung eintritt. Dazu kommt nun noch, daß ein großer Teil fertiger Gangenteile, die noch im vorigen Jahre mit sehr wenigen Ausnahmen hier gesetzelt wurden, jetzt von Solingen bezogen wird. Die Unternehmer geben als Ursachen dieser Krise in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in der Gangenfabrikation an, daran seien die Arbeiter schuld, weil sie vor 2½ Jahren eine Lohn erhöhung durchgesetzt haben. Die Unternehmer seien dadurch genötigt gewesen, die Preise für Gangen um die Höhe der Lohnzulage hinaufzusetzen. Die Kreisauflösung hätte die Gangenteile in

die die Mittel, die Sie in dieser Sache geschildert haben, herabgesetzt werden. Die Wichtigkeit der Wiedergabe der Verhandlung vorzuhaben, hat der Vorstand Ihrer Zeitschrift und Rasse nicht erkannt, mit welcher Sie die Kollegen schwer geschädigt haben, schriftlich bestätigt. Von einer Strophe hat der Vorstand für einmal abgesehen, so soll aber darauf aufmerksam machen, daß falls Sie ein zweites Mal auf diese oder andere Weise die Kollegen schädigen, Ihre Auskündigung nach § 8 Blattes 5 des Statutes erfolgen möchte.

Mit Gruss
(folgt Unterstreich).

Schriftliche solcher Art zu veröffentlichen, ist deinematisch die Pflicht. Ein deutsches Land ist die Belebung der Angeklagten über Kolonien und Empfänger. Solche Nachweise sind wiederholte als Fälschungen gekennzeichnet worden. Wie durften darum vermuten, es auch in diesem Falle mit einer solchen zu tun zu haben und sagten dies auch in Nr. 38 der Metallarbeiter-Zeitung v. J. in unverblümter Weise. Damit konnte die Sache für uns erschöpft sein, um so mehr, weil die Arbeitgeber-Zeitung den Vorwurf der Fälschung einfießt. Nachträglich wurde uns von Ihnen bestätigt, daß die Sache mitgeteilt, daß ein solcher Brief tatsächlich gezeichnet und vorhanden sei, und zwar vom Vorsitzenden des Porzellanarbeiter-Verein. Nun mußten wir aber doch annehmen, daß dieser auch einen richtigen Grund zu einem solchen Schreiben hatte. So lange wir den nicht kannten, haben wir uns selbstverständlich nicht veranlaßt, in dieser Angelegenheit etwas zu tun. Wer von den Beteiligten damit nicht zufrieden war, dem stand es ja frei, sich an uns zu wenden. Das geschah nicht und allmählich kam uns die Sache aus dem Gedächtnis.

In Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung vom 21. August 1909 hatte der Vorstand auf Antrag der Verwaltungsstelle Jena einen Werkstattschreiber Paul Lauterbach wegen Schädigung der Verbundesinteressen für nicht wieder aufnahmefähig erklärt. Auch in der Meinungs- und Volkszeitung vom 20. August erschien eine dementsprechende Notiz. Darauf veröffentlichte Lauterbach im Jenaer Volksblatt eine Erwidern, woraus auch hervorging, daß er der Empfänger des Briefes war. Von all dem erfuhren wir nichts, weil wir diese Blätter nicht halten. Wir wurden erst außersam darauf, als die Arbeitgeber-Zeitung in ihrer Nr. 38 dieses abdrückte. Die Erwidern des Herrn Lauterbach enthielt unter anderem folgende Bemerkungen:

„Die Metallarbeiter-Zeitung behauptet, der Brief sei gefälscht und gibt zu, daß mit einem derartigen Brief die betreffende Gewerkschaft arg kompromittiert werden könnte. Trotzdem gab man sich die ordentliche Mühe, den nicht mich, sondern den Verband belastenden Brief von mir zurückzuhalten, erkannte also seine Schiekhett an. Zuerst wurde ich in der Werkstatt vom Mechaniker Precht um Vorzeigung des Briefes ersucht. Als ich nicht darauf einging, wurde ich zu einer Sitzung des Metallarbeitervereins in das Gewerkschaftshaus geladen, an der unter anderem der Mechaniker Schuhhardt und der Teller Görlitz, beide bei Betz beschäftigt, teilnahmen.“

Auch von diesem erfuhren wir nichts, denn die Jenaer Arbeitsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war selbstverständlich nicht befürchtet, uns darüber Bericht zu erstatten. Die Redaktion der Arbeitgeber-Zeitung knüpfte daran jedoch Bemerkungen, die uns veranlaßten, ihr am 21. August folgende Berichtsschrift anzusenden:

„Hiermit ersuchen wir Sie auf Grund des § 11 des Pregezes um Aufnahme folgenderer Berichtigung:

In Nr. 35 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung beschäftigten Sie mich mit einem Briefe, den ein Herr Paul Lauterbach in Jena vom Vorsitzenden des Porzellanarbeiter-Verbandes erhalten hat und den Sie schon im vorigen Jahre veröffentlicht hatten. Weil Sie damals weder Absender noch Empfänger nannten, hielten wir uns für berechtigt, die Echtheit des Briefes zu bezweifeln. Nachdem Sie nunmehr in Nr. 35 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung eine Aufschrift des Herrn Paul Lauterbach veröffentlicht haben, worin Absender und Empfänger des erwähnten Briefes namhaft gemacht werden, schließen Sie den betreffenden Artikel mit folgender Abschlußung:

„Aus der Tatsache, daß die genannten Gewerkschaftsläden (gemeint sind die Metallarbeiter-Zeitung und die Weimarerische Volkszeitung, Red. der M.-Ztg.) alles mögliche getan haben, um den Urheber der jüngsten Erklärung zur Herausgabe des Schreibens zu veransetzen, geht, wie dieser sehr richtig her vorhebt, zur Genüge her vor, daß man von vornherein an der Echtheit nicht zweifelt. Es genügt wohl der Hinweis darauf, daß die Metallarbeiter-Zeitung trotzdem den Versuch gemacht hat, uns der freien Erfindung zu befehligen, um die Moral der hinter diesem Blatt stehenden Kreise bestens zu kennzeichnen.“

Dazu haben wir folgendes zu bemerken:

Es ist unwahr, daß die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung oder eine andere Person, die dieser nahesteht, irgend etwas getan oder unternommen haben, um Herrn Lauterbach zur Herausgabe des Briefes zu veranlassen. Wahr ist, daß bei der Veröffentlichung unseres Artikels „Ca' Canny“ in Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre uns jeder Anhaltspunkt dafür fehlt, daß der erwähnte Brief wirklich echt sein könnte.

Damit werden Sie wohl selber zugeben, daß die Bemerkungen über „Moral“ in Nr. 35 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung ungültig geworden sind.“

Darauf erhielten wir von der Redaktion der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung folgenden vom 2. September 1909 datierten Brief:

„Die der Schriftleitung der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung zu Händen des Herrn Dr. Heinrich Kühlein unter Bezugnahme auf den § 11 des Pregezes übermittelte Berichtigung in Sachen des in Nr. 35 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung unter der Überschrift „Eine interessante Erklärung“ veröffentlichten Artikels entspricht nach verständener Richtung hin nicht den pregefestslichen Vorauflagen.

Ich lehne daher ihre wörtliche Wiedergabe ab. Dagegen werde ich in der nächsten Nummer der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung davon Notiz nehmen, daß Sie in Abrede stellen, irgend etwas getan oder unternommen zu haben, um Herrn Lauterbach zur Herausgabe des Briefes zu veranlassen. Im übrigen gestatte ich mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die von Ihnen in Ihrer Erklärung am Tag gelegte Empfindlichkeit in einem eigentlichlichen Gegenfaß zu der unbestimmten Art steht, in der Sie, trotzdem Ihnen jeder Anhaltspunkt dafür fehlt, siebzehnt behauptet haben, daß der von uns reprintede Brief des Verbandes der Porzellan- u. f. w. Arbeiter plump und dummi verfaßt sei und auch bezüglich der Zahlensangabe den Stempel der Fälschung sozusagen an der Stirn trage.“

Die Angelegenheit ist uns nun nicht bedeutend genug, daß Gericht in Bewegung zu setzen, um die Aufnahme der Berichtigung zu erzwingen. Wenn bei einem Prozeß in dieser Angelegenheit das Gericht jedoch in derselben Weise geurteilt hätte, wie dies schon in anderen Angelegenheiten geschehen ist, so wäre die Arbeitgeber-Zeitung unschätzbar hereingefallen. Was die Redaktion dieses Blattes aus unserer sehr sachlich gehaltenen Berichtigung macht und in ihrer Nr. 36 veröffentlichte, sah folgendermaßen aus:

„Die Redaktion der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung überließ uns zu dem in der vorigen Nummer unseres Blattes unter der Überschrift „Eine interessante Erklärung“ veröffentlichten Artikel eine „Berichtigung“, in der sie den Vorwurf zurückweist, daß sie falsch oder ihr widerstrebende Personen Herrn Lauterbach zur Herausgabe des vom Porzellanarbeiter-Verband an ihn gerichteten Briefes zu veranlassen habe. Wir nehmen hieron gebührend Notiz, möchten aber nicht versiehen, die genannte Schriftleitung darauf zu verzweilen, daß sie sich mit ihrer „Berichtigung“ an eine falsche Aussage gewandt hat. Denn was uns betrifft, so haben wir einzige und allein die logische Konsequenz aus dem gezogen, was Herr Lauterbach zur Sache beigebracht und mit Namen und Daten bestellt hat. Im vorigen können wir ihr nur antworten, daß sie künftig-

ein mit der Durchführung gründlicher Untersuchungen nicht bis zum Augenblick werdet, wenn Sie hierzu den anderen Seite aus anzuzeigen wette. Ober mit Sie eines bedauern, daß Ihr der Vorstand im Fall Lauterbach ebenfalls erst durch die Eröffnung des Generations im „Jenische Volksblatt“ bekannt geworden sei.“

Die Ansicht auf die im letzten Satz enthaltenen Drage haben wir schon oben erläutert. Im übrigen wollen wir nur konstatieren, daß die Redaktion der Arbeitgeber-Zeitung nur milde ausgedrückt — z. B. „Vor der vorigen Ausgabe auf diesen aufzuhören kommen mußte, um unsere Berichtigung zu dem zu machen, was Sie in Ihrer Nr. 36 veröffentlichte.“ Wie gesagt, wir könnten die Redaktion belangen, unterlassen dies jedoch und können dies um so mehr, als die Redaktion der Arbeitgeber-Zeitung bei dieser Gelegenheit einen großartigen Journalistischen Einfall erläutert hat. In Nr. 38 der Amelie, dem Organ des Porzellanarbeiter-Verein, verbandet öffentlich Georg Wollmann, der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, eine Vorstellung der Angelegenheit. Danach hat Herr Lauterbach von seinen Vorgesetzten bestrebt, Kollegen in Wiesau energisch die Innehaltung einer Verbundskreislinie verlangt und 59,99 M. für 14 Tage ab 8 Uhr ab 8 Uhr aufzuladen, als einer seiner Kollegen bei einem Geschäftsgang und vollen Arbeitswochen gelegentlich über diesen Tag hinauskam. Als Herr Lauterbach aber im Gegensatz zu seinen Worten seinen hohen Verdienst erzielte, war jedoch die Arbeitszeit infolge flauen Geschäftsganges obenberein noch vorerklärt worden. Herr v. Reiswitz, wie wird Ihnen,

Wenn wir in dieser Angelegenheit etwas auszuleben haben, so ist es nur die im vorigen Jahre getane Neuerzung, daß der Urheber zu kompromittieren. Das können wir nach Einsicht in den ganzen Sachverhalt nicht mehr aufrechterhalten. Im übrigen möge Herr v. Reiswitz, wenn er wieder Moral predigen will, zunächst bei seinen Schülern anfangen.

Gewerkschaftliches.

Kritiner. Die neunte (außerordentliche) Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins wurde vom 12. bis zum 14. August in Berlin abgehalten. Sie war notwendig geworden, weil der Vorsitzende Georg Schmidt die Wahl zum Vorsitzenden des Land-, Wald- und Weinbergarbeiter-Verbandes angenommen hat und ferner, weil die Finanzen des Verbandes neu gerichtet werden müssen. Die Mitgliedszahl war 1908 von 4952 auf 4800 zurückgegangen, im zweiten Quartal 1909 aber schon wieder auf 5033 gestiegen. Die Fluktuation ist sehr stark; es sind nur wenig „alte Mitglieder“ vorhanden. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen in den letzten zwei Jahren 143 689 M., die Ausgaben 184 609 M. Es fanden 11 Lohnbewilligungen und 2 Längsschlüsse mit 766 Beteiligten statt. Erzielt wurden für 419 Personen 2227 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, für 694 Personen 1827 M. wöchentliche Lohnherabhung. Ein Antrag des Vorstandes, den Beitrag von allgemein 38 auf 40 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag aus Hamburg angenommen, wonach drei Beitragsklassen eingeführt werden, eine mit 30 M. für Gutsgärtner, niedrige Lohngebiete und Binderrinnen, eine mit 35 M. und eine mit 40 M. Die Unterstützungsstärke wurde dementsprechend geregelt. Eine Delegation zum internationalen Sozialistenkongress wurde abgelehnt. Zum Vorsitzenden wurde Busch (Hamburg) gewählt, zum Redakteur Albrecht (Berlin).

Lapezierer. Auch auf dem vierten Werkbankstag des Verbandes der Lapezierer und verwandter Berufsgenossen, der vom 18. bis zum 22. Juli zu Berlin abgehalten wurde, sollte über die Verschmelzungstragsfrage verhandelt werden. Auf Vorschlag des Vorsitzenden sollte diese Sache bei der Erledigung der „allgemeinen Anträge“ an erster Stelle vorgenommen und ein kurzes Referat nebst Korreferat gesprochen werden. Es kam jedoch nicht dazu, weil es an der nötigen Zeit fehlte. Bei der Verhandlung über die Maifeier fühlte ein Berliner Delegierter sich berufen, sich am Deutschen Metallarbeiter-Verband zu reiben. Nach einem uns vorliegenden Bericht soll er sogar gesagt haben, „daß der Metallarbeiterseite zur Bewahrung der Maifeier vorgekehrt worden“. Wenn der Delegierte sich wirklich genau so ausgedrückt hat, so kann man leider nicht umhin, seine Aussicht von unserer letzten Generalversammlung als idiotisch zu bezeichnen. Vom Hauptvorstand soll indessen betont werden sein, daß im Lapeziererberuf die Verhältnisse für die Maifeier so günstig liegen, daß sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai bisher keine größeren Kämpfe entwickelt hätten und auch künftig kaum entwickeln würden. In anderen Gewerben lägen die Verhältnisse aber ungünstiger und mit Rücksicht darauf könnte man es den dort in Frage kommenden Organisationen nicht vertagen, wenn sie einen vorsichtigeren Standpunkt zur Maifeier einnehmen. Zur „Fragewort“ wurde folgende Resolution angenommen:

„Der vierter Verbandstag des Verbandes der Lapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands verpflichtet die Verbandsmitglieder, sich mehr als bisher der Lehrlinge anzunehmen. Besonders ist davon zu wünschen, daß die Lehrlinge sich an den Veranstaltungen der örtlichen Ausschüsse zur Bildung der Jugend beteiligen. Die Filiaseitungen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Frage der Lehrlingsausbildung, des Lehrlingschutzes eine größere Aufmerksamkeit zugeschenkt wird, damit die Beschäftigten des gewerblichen Gewerkschaftskongresses über die Jugendbewegung in die Tat umgesetzt werden. Allen jugendlichen Personen, die innerhalb zweier Wochen nach beendetem Lehrjahr dem Verband der Lapezierer beitreten, kann, wenn sie nachweislich mindestens 52 Wochen ununterbrochen einer proletarischen Jugendorganisation angehört haben, sofort Reiseunterstützung bis zur Höhe von 18 M. gewährt werden. Alle etwa bis zum Übertritt geleisteten Beiträge sind in 60 M. Beiträge um-, beziehungsweise auf die sonstige Bezugsberechtigung im Verbande anzzurechnen. Die solcherart übertriefenen sind vom Zahlen eines Eintrittsgeldes entbunden.“

Von der Nordostl. Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.

Eine weitere Zunahme der verschwarten Betriebe und starke Rückgang der verschwarten Arbeiter meldet uns der soeben erschienene Bericht dieser Berufsgenossenschaft für 1908. Die Zahl der Betriebe hat sich gegen das Jahr 1907 auf 6249 (+ 528) erhöht, die Zahl der Berufsschüler ist um 2468 gesunken und betrug im Berichtsjahr nur noch 124 948. Auf die einzelnen Sektionen verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

	Schl. der Betriebe am 31. Dezemb. 1908	Gegen das Jahr 1907	Durchschnittl. Zahl der im Jahre 1908 verschw. genossenen Personen	Gegen das Jahr 1907	Durchschnittl. Zahl für den Betrieb
Sektion I Berlin	8852	+ 478	64 021	- 2545	16,62
II Landberg a. W.	995	+ 20	21 173	- 1289	21,28
III Stettin	614	- 8	18 790	+ 1906	30,50
IV Elbing	788	+ 22	21 024	+ 146	26,88
Zusammen	6249	+ 528	124 948	- 2468	19,99*

* Im Jahre 1907: 22,27.

Man sieht also daraus, daß die Fabriken von Westen und Umgegend die meisten Arbeiter verloren haben, dann folgt die Sektion Landsberg, während die Sektion IV für Pommern und IV für West- und Ostpreußen einen kleinen Aufschwung noch zeigen. Die größten Betriebe hat nach der Durchschnittszahl offenbar Sektion III, Stettin.

Die Gesamtzahl ist in allen Sektionen um mehr als 3/4 Millionen Mark zurückgegangen. Die Lohnsummen, dividiert durch die Zahl der Berufsschüler, ergeben als Durchschnittslohn für das Jahr 1908:

für Sektion I 1806 M. gegen 1209 M. 1907 und 1254 M. 1906
II 1055 M. 1015 M. 1907 986 M. 1906
III 1070 M. 1088 M. 1907 1064 M. 1906
IV 955 M. 965 M. 1907 991 M. 1906

Nur die Sektion II hat eine kleine Erhöhung der Durchschnittszahl gebracht, während die übrigen Sektionen einen Rückgang zu verzeichnen haben. Der Bericht selbst hat dafür keine Worte. Nur der technische Wirtschaftsverein beweist nebenbei in seinem Bericht: „Die ungünstige Wirtschaftslage kommt auch bei den nachgewiesenen Wohnen zum Ausdruck“. Angemeldet wurden im Berichtsjahr 11 889 Unfälle (gegen 12 075 im Jahre 1907). Auf 1000 verschwerte Personen entfielen durchschnittlich 94,7 Unfälle. Unter diesen Durchschnitten stehen die Sektionen I, Berlin, mit 112,8 Unfällen, Sektion III, Stettin, mit 116,8, während Sektion II nur durchschnittlich 61,8 und Sektion IV nur 68,8 Unfälle hatte. Ganz abdigkt werden davon nur 1860 Verletzte, und zwar 1473 erwachsene männlichen und 10 weiblichen Geschlechts, sowie 68 jugendliche männliche Nebelte unter 18 Jahren. Die entzündigsten Unfälle ereigneten sich: An Motoren und Arbeitsmaschinen 480, an Fahrrädern, Fußgängern u. s. w. 192, an Dampfmaschinen 8, durch Sprengstoffe u. s. durch Feuergefährliche Stoffe 46, durch Zusammenbruch, Einsturz 190, durch Fall von Leitern, Treppen u. s. beim Auto und Motor 242, durch Feuer 80, im Eisenbahnbetriebe 2, Schiffahrt 8, durch Tiere 8, durch Handwerkzeug 176 und sonstige 114.

Als Folgen der entzündigsten Fälle bezeichnet der Bericht in 54 Fällen Tod, in 18 Fällen völlige, 1129 Fällen teilweise und 884 Fällen vorübergehende Erwerbsunsfähigkeit. Auf 2814 Verletzte kam somit ein Totfall. Der Bericht bemerkt, daß im Jahre 1907 auf 2498 Verletzte ein Totfall kam; man erkennt daraus, daß sich das prozentuale Verhältnis der Totfallsfälle zur Zahl der Verletzten etwas ungestaltet hat.

Wenngleich wurden bei den entzündigsten Unfällen in 81 Fällen Kopf und Gesicht, in 169 Fällen die Augen, in 896 Fällen Arme und Hände, 280 Fällen Füße und Beine, in 75 Fällen mehrere Körperteile zugleich, in 85 Fällen innere Teile. Der Bericht versucht natürlich auch die Schulden der Verletzten an den Unfällen nachzuweisen und kommt zu dem Ergebnis, daß durch die Unfallschuld der Verletzten selbst, daß sich das prozentuale Verhältnis der Verletzten selbst nicht herstellen, so ist diese Nachlässigkeit ein bedeutsames Merkmal für die Schadensverhütung.

Die Sektion I berichtet, daß im Jahre 1908 mehr Verletzte Anspruch auf Rente erhoben haben und führt dies nicht auf die fortgeschreitende Ausbildung der Arbeiter, sondern auf den wirtschaftlichen Rückgang zurück. Die Erfahrung habe gelehrt, daß in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs ganz sparen können. Der Aufsichtsbeamte führt dies offenbar selbst, denn er meint später: „Da unsere Mitglieder doch wohl in der Lage sind, sich die Schadensverhütung selbst herzustellen, so ist diese Nachlässigkeit ein bedeutsames Merkmal für die Sicherheit.“

Die Sektion I berichtet, daß im Jahre 1908 mehr Verletzte Anspruch auf Rente erhoben haben und führt dies nicht auf die fortgeschreitende Ausbildung der Arbeiter, sondern auf den wirtschaftlichen Rückgang zurück. Die Erfahrung habe gelehrt, daß in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs ganz sparen können. Der Aufsichtsbeamte führt dies offenbar selbst, denn er meint später: „Da die Arbeiter an sich und besonders der in ihrer Erwerbsfähigkeit Geschädigten erschwert wird, viele veranlaßt werden, sich mit Entschädigungsansprüchen an die Berufsgenossenschaft zu wenden, die sonst bei reicher Arbeitsgelegenheit und unter dadurch bedingten günstigeren Erwerbsverhältnissen an die Geltendmachung solcher Ansprüche kaum gedacht haben würden“. Man will dies auch aus der

Ostseebundes.

Ostseebundes-Konservatismus. Auf unsere kleine Mutter mit der gleichen Überzeugung in Nr. 80 entwirft der Regulator in seiner Nr. 87 mit einem drei Spalten langen "Artikels", das alles mögliche enthält, nur keine Überzeugung unserer sozialdemokratischen Organisationen. Der Regulator möchte doch beweisen, daß unsere Mittelungen nicht richtig wären! Das ist ihm natürlich nicht möglich, und um seinen Heimfall zu verhindern, kann er allerlei Räubergeschichten aus, unter anderem eine, die 1902 bei den "Sozialarbeitern" passiert sein soll. Dann geht es noch eine Welle weiter; da werden Werktaten zum Vorstand gebracht, die irgend welche "Verbündete" (so s. f. u. "Verbündeter") verdrängt haben sollen. Es fällt dem Regulator natürlich nicht ein, über diese angeblichen Terrormittelfälle v. l. i. s. n. d. g. zu berichten, denn sonst würden seine Leser ja ohne weiteres sehen, daß von einem Terroristismus gar nicht immer die Rede sein kann. Zum Teil sind die Mittelungen sogar so unvollständig, daß es unmöglich ist, ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Besser kann der berühmte K. e. i. s. d. b. auch nicht über den Terrorismus der Sozialdemokratie schreiben als d. e. n. Verner müssen noch Neuerungen herstellen, die einige verdorbene Parteigenossen einmal über unseren Kollegen Cohen getan haben. Dabei hat der Kollege Cohen mit dem Völle, von dem in unserer Nr. 88 die Rede ist, nicht im geringsten zu tun gehabt. Das in einer Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die größer ist, als der ganze Gewerbeverein, der erste Bevollmächtigte unmöglich alles d. e. n. erledigen kann, sieht jeder ein, nur die Regierung darf das nicht beachten, weil sonst ihr ganzes Schindelgebiude zusammenstürzt. Wenn wir gleichzeitig mit gleichem Vergeltungswollen, so könnten wir dem Regulator mit Neuerungen seines Freundes Kräfelin und anderer aufwarten, die sie über verschiedene Gewerbevereinsgebäuden getan haben. Ubrigens hat der Regulator sich schon sehr gefreut. Als wir in Nr. 80 an den "Holl. Klug" erinnerten, sagte der Regulator in seiner Nr. 81 vom 80. Juli:

"An diesen scheint sich die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung mit dem Behagen gewisser Wiederaufer anzusammeln, die leben wohl, den sie in sich aufgenommen, immer von neuem durchlaufen müssen."

Was hat nun der Regulator gemacht? Ist das etwa keine Wiederaufer? Als wir damals die zitierten Sätze lasen, dachten wir gleich, daß die furchtbare Regierung des Regulator selber bald eine "Wiederaufer" begehen würde. Dass dies schon so bald geschehen würde, ahnten wir damals noch nicht.

Der Regulator hat ferner seinen samosen Leitartikel mit dem schönen Motto geschmiedt:

Wer einmal sagt, dem glaubt man nicht.

Und wenn er selbst die Wahrheit spricht.

Das stimmt. Der Regulator hat aber schon mehr als einenmal gelogen, also braucht man ihm auch nicht mehr zu glauben, auch nicht in der französischen Angelegenheit, die sich nach "französischen" Schindelberichten zu Danzig zugetragen haben sollte und die die Redaktion des Regulator in ihrer Nr. 37 offenbar sehr "gejährt" beworben zu haben glaubt, um dem Deutschen Metallarbeiter-Verband etwas anzuhängen (siehe die Korrespondenz in dieser Nummer, Rubrik Klempner).

Vom Husland.

Schweden.

Wie die Tagespresse schon mitgeteilt hat, wurde auf Anordnung der Zentralstreitleitung am 6. September in den Betrieben, die nicht dem Arbeitgeberverein angehören, die Arbeit wieder aufgenommen. Von den 32 000 Mitgliedern des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes haben fast alle im Streit gestanden und sich wieder gehalten. Umgekehrt 15 000 von ihnen haben auf Anordnung der Streitleitung jetzt wieder mit der Arbeit begonnen. Abgesehen von einigen Neuvertragen von Unzufriedenheit mit den Anordnungen der Streitleitung hat die innere Räumerschaft offenbar mit außerordentlicher Eifer in die Arbeit wieder aufgenommen. (Wenn es anders wäre, hätte die gegnerische Seite schon einen mordmäßigen Sturz daran gemacht.) Zur Ausland blieben noch ungefähr 165 000 organisierte Arbeiter der verschiedenen Industriegruppen. Der Kampf soll fortsetzen, bis ein befriedigender Abschluß zustande kommt. Umgekehrt 100 000 Arbeiter in der R. a. i. n. d. n. r. i., dem Baugewerbe, bei den Straßenbahnen und in den Bahnunternehmen sollten die Arbeit wieder annehmen, nachdem mit den Unternehmern zufriedenstellende Abmachungen getroffen worden sind. Schwierigkeiten haben sich nur bei den Gemeindebetrieben, den Straßenbahnen und einem Teil der Bahnunternehmen ergeben, wo nun den Arbeitern entgegen, persönliche Kontrakte aufzwingen wollte. Die schwedische Regierung erwies sich nach wie vor als unentwegte Sachwalterin des Unternehmers. Die schwedische Arbeiterschaft wird sich nach diesem Sieger abfinden.

Der Kampf ist also noch keineswegs beendet und unsere topseiten schwedischen Arbeitsbrüder bedürfen nach wie vor der kräftigsten Unterstützung. Die sind ihnen dann auch zweit werden und unsere Verbandskollegen werden die letzten sein, die sich davon anschliefen, wie ja auch die Räumerschaft gezeigt haben, die unser Hauptkampf bisher bestmöglichst kannte. Auch die Generalkommission der Geschäftsführer Deutschlands hat an die Geschäftsführerstäle einen Appell um Durchsetzung der Unterstützungsaktion gerichtet.

Bei der Fortsetzung des Kampfs ist noch bekanntes Angenommen auf Salz- und Silberarbeiter zu rufen. Nach einem aus vorliegenden Telegramm wird in Deutschland offenkundig nach solchen gerufen.

Beim Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gingen vom 6. bis 11. September folgende Unterstellungen gelber ein:

Von Altenburg 200,- Markt 20. Braunschweig 500. Bremen 2000. Dresden 1000. Düsseldorf 100. Erfurt 20. Frankfurt 20. Friedberg 10. Göttingen 15. Halle 100. Hamburg 25. Hanau 50. Hof 500. Koblenz 5. Königsberg 200. Karlsruhe 49,45. Landshut 3,60. Linz 50. Leipzig 10. Lübeck 16,50. Rostock 4. S. 5. Schwerin 50. Stuttgart 10. Wilhelmshaven 350. S. Schlesien 197,65. Weimar 500. Wiesbaden 92,576,35. Dage. Lissabon 5739,50. S. Strasburg 98,115,85.-

Dänemark.

Nach den letzten dänischen Ereignissen gab es am Ende des Jahres 1908 unter den zusammenhängenden Kaufverbänden 51 Verbände mit 1214 Mitgliedern und 7000 eingetragene Vereine. Die Mitgliedszahl war im ganzen Jahr 96700. Die Organisationsstärke gegenüber der Zentralstrophe lieber, hatte zwischen 26 Mitgliedern mit ungefähr 20700 Mitgliedern und die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter in Dänemark war demnach etwa 117000 gegen 110000 im Jahre 1907 und 98000 im Jahre 1906. Das Gesamtvermögen der Dänemark ist für 1908 zu 410000 Kronen berechnet; die vergangenen Jahre betrug es 2973000 Kronen.

Die zusammenhängenden Kaufverbände haben am 22. Mai 1909 eine Unterstellung über die Arbeitssicherheit im ganzen Lande vorbereitet. Damals gab es im ganzen 7077 arbeitslose organisierte Arbeiter (11,2 Prozent), davon waren 5033 in Kopenhagen und 262 in der Provinz. In der Hauptstadt waren 14,9 und in den Provinzen 7,8 Prozent organisierte Arbeiter arbeitslos. Mitglieder, die bereits gegen Arbeit arbeitslos waren und keine Unterstellung erhielten, gab es im ganzen 3419 oder 47,79 Prozent aller Arbeitnehmer. Daraus entfielen auf die Hauptstadt 2674 (3,8 Prozent), auf die Provinz 725 (1,0 Prozent). Die Arbeitslosigkeit verteilt sich auf

die drei Hauptstädte wie folgt: Im Industrieland sind 1900 Arbeitlose in Kopenhagen, 871 in der Provinz. Im Danmark wurden 1760 Arbeitlose in Kopenhagen und 187 in der Provinz registriert. Im Verkehrsministerium (Kamblanger) gab es 1849 Arbeitlose in der Hauptstadt und 688 in der Provinz. Die Untersuchung hatte sich auf 20111 Mitglieder erstreckt.

Von einer im Jahre 1908 aufgenommenen Statistik über den Arbeitseinkommen von 2100 Maschinenbauern und 1400 Schmieden ist jetzt erst das Ergebnis bekannt gemacht worden, das trotzdem Beachtung verdient. Danach war der volle Verdienst des durchschnittlichen Wochenverdienst für Schmiede in der Hauptstadt 28,80 Kronen, in den Provinzstädten 24,20 und auf dem Lande 19,80. Für Maschinendauer in der Hauptstadt 27,80 Kronen, in Provinzstädten 28,40 und auf dem Lande 20,20. Der Durchschnittsverdienst für das ganze Land war für Schmiede 26,80 Kronen und für Maschinendauer 25,40 Kronen. Im ganzen Lande war der durchschnittliche Verdienst für Schmiede 27,80 Kronen, für die Maschinendauer 24 bis 30 Jahre war der Durchschnittsverdienst 26,70 Kronen und nach dem 60. Jahre fällt der Verdienst stark abwärts, so daß die älteren Schmiede durchschnittlich 22,80 Kronen die Woche verdienen. Die Zahlen für die Maschinendarbeiter zeigen dieselbe Bewegung. Von 22 Kronen in der Altersgruppe 10 bis 25 Jahre steigt der Wochenverdienst zu 28,80 Kronen und 28,50 für die Gruppen 26 bis 30 und 31 bis 40 Jahre. Allerdings fällt der Verdienst zu 27,80 Kronen und 22,20 in den Altersklassen von 41 bis 60 Jahren und über 60 Jahren. Sicherlich liegt es nahe, die Unterschiede im Verdienst der verschiedenen Altersgruppen als eine Folge der Arbeitsschwäche der größeren Städte und natürlich der Hauptstadt, wo mit Mühe auf die höhere Lohnneigung verzögert werden kann. In den mittleren Altersklassen beschäftigt werden, zu erklären. Dies ist aber nichtlich, denn in den drei Abteilungen, Hauptstadt, Provinzstadt und Landesdirektion, variiert mit dem Alter der Verdienst auf dieselbe Art, wie sieben für das ganze Land angeführt werden. Als Beispiel kann dienen, daß in der Hauptstadt die jüngsten Schmiede (19 bis 25 Jahre) 24,70 Kronen, die ältesten (über 60 Jahre) 24 Kronen und die Wochentag (1 bis 40 Jahre) 20,10 Kronen und die ältesten (über 60 Jahre) 24 Kronen die Woche verdienen. In den Provinzstädten sind die entsprechenden Zahlen: 22,80, 25,80 und 19,80 Kronen.

Frankreich.

wd. In dem kleinen verlorenen Flecken Stenay im Meuse-Departement tobte gegenwärtig ein heftiger Streit. Die Arbeiter der Stahlwerke Boël, einer Zweigfabrik der Stahlwerke desselben Unternehmers in Louviers in Belgien, kämpften dort um die Anerkennung des schon seit dem 21. März 1884 gesetzlich garantierten Koalitionsrechts, und wie zu ihrem eigenen Höhepunkt schlägt die französische Republik mit Gendarmen und Soldaten die Übertretung ihrer eigenen Gesetze durch einen belgischen Großfeindustriellen.

Einstmal schon war Stenay der Schauplatz eines Kampfes um die gewerkschaftliche Freiheit, und auch damals mußte sie einem belgischen Unternehmer gegenüber verteidigt werden. Es war dies der Streit in den Stahlwerken von Sambre-et-Meuse im Januar 1907, der nur gefüllt wurde, um das Weiterbestehen des Syndikats der Metallarbeiter zu ermöglichen. Damals wurden von den 1500 in Leumont und Stenay beschäftigten Arbeitern dieser Werke die 43 Franzosen, die sich unter den Belgieren, Luxemburgern und Deutschen befanden und die nach französischem Gesetz allein für die Leitung des Ortsvereins der französischen Metallarbeiter in Betracht kommen konnten, entlassen. Nach etwa viermonatigem Streit wurden 26 der entlassenen Franzosen wieder eingestellt. Diesmal sind es die Stahlwerke von Boël, die den organisierten Metallarbeitern von Stenay das Koalitionsrecht nehmen wollen. Der Ortsverein der Metallarbeiter besteht dort seit 1905. Durch unermüdliche Agitation war es gelungen, weit über die Hälfte der in den Stahlwerken von Boël beschäftigten 230 Metallarbeiter zu organisieren. Dem Unternehmer wollte diese Tatsache durchaus nicht behagen. Besürftigte er doch mit Recht, daß einen schönen Tages "seine" Arbeiter mit Forderungen an ihn herantreten könnten. Darauf mußte vorgeheuert werden. Ende Mai dieses Jahres wurde der bisherige Direktor, der niemals eine Abneigung gegenüber dem Syndikat befunden, ersetzt durch einen gewissen Masson, der in Arbeiterkreisen bekannt war wegen seinem Haß auf die gewerkschaftlichen Organisationen. Seine erste Handlung war ein Abzug auf Prämien für fassonierte Gußstücke. Das Personal nahm diesen Abzug ohne Protest hin und dies war für den neuen Direktor eine Ermutigung zu weiteren Provokationen. Um möglichst viel aus jedem einzelnen Arbeiter herauszuholen, zwang er dem Personal die Stückarbeit an. Diesmal war er aber zu weit gegangen. Die Arbeiterschaft des Stahlwerkes legte am 3. Juni einstimmig die Arbeit nieder, um den systematischen Lohnreduktionen einen Kiegel vorzuschieben. Seodoch, sei es, daß die ausgemergelten Proletarier der Stahlwerke bei der geringen Unterstützung durch die Organisation nicht genug Widerstandskraft besaßen, sei es, daß der Eigentümer des Stahlwerksunternehmers, der lieber seine Siede schließen als nachgeben wollte, zu hart war: nach etwa dreimonatigem Kampf nahmen die Arbeiter durch Vermittlung des Bürgermeisters die Arbeit wieder auf. Diese Sündarbeit wurde angenommen und weiter willigte man ein, daß 70 Streikende vorläufig noch nicht eingefesselt wurden. Die Direktion erklärte, im Bedarfsfall bei Neuverhandlungen diese 70 Mann grün zu berücksichtigen. Unter diesen 70 Streikenden befanden sich natürlich der Sekretär des Ortsvereins, die Verwaltungsmitglieder, das Streikkomitee und überhaupt alle tätigen Mitglieder der Metallarbeiter. Einige Tage nach der Wiederaufnahme der Arbeit wurden zusammen 40 von den übrig gebliebenen Opfern des Streits eingefesselt. Die leichten 30 blieben auf dem Platz und sollten nach den Willen der Direktion auch darauf bleiben. Man wollte durch Auszehrung der gewerkschaftlich tätigen Kollegen ein Exempel statuieren und damit jede gewerkschaftliche Regung auf lange hinaus unterdrücken. Da bei weiteren Neuverhandlungen niemand von den leichter 30 Mann berücksichtigt wurde, erinnerte das Personal den Direktor an sein Versprechen. Dieser erklärte brutal, daß seiner der 30 Mann jemals wieder eingestellt werde. Dieser Vorbruch veranlaßte, daß alle Arbeiter in bedeckter Empörung auf neue die Arbeit hinaufnahmen und am 11. Juli zum zweitenmale in den Streik traten. Der Streik ist heute noch nicht beendet, wenn der Unternehmer auch wenigen seine Siede überhaupt geschlossen hat.

Im Bereich dieses zweiten Streiks haben die Streikenden, alle französische Staatsbürgen, wieder einmal so recht grundlich die freiheitlichen und Rechtsgarantien der französischen Republik genießen können. Polizei und Militär standen dem belgischen Großfeindustriellen im Kampf gegen das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht zur Verfügung. Und die Gerichte arbeiteten mit den übrigen Reitern von Recht, Ordnung und Sitt' hand in Hand. Fortwährend wurden die Streikenden provoziert. Wie bei einem Belagerungsmauer wurden Anklammlungen von mehr als zwei Personen nicht geduldet, und zuletzt verwiegerte der Bürgermeister den Streikenden den Saal zur Abhaltung von Versammlungen. Fünf Streikende wurden verurteilt zu einem bis drei Monaten Gefängnis, der Sekretär des Syndikats zu acht Tagen und der Bezirksteiler für die Arbeiten. Gewisse Leute, zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe.

Auf diese Art kämpften mit Unterstützung der öffentlichen Gewalten die französisch-belgischen Großfeindustriellen. Das Comité des Forges de France, die Vereinigung der Großfeindustriellen, unterstützte offen durch seine Unterstützungsvereinigungen gegen Streikenden, und gehörte durch schwere Sitten und Brutalität diesen Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Regierung leidet ihnen dabei Helfersdienste. Außer diesen französischen Kämpfern liegt es nun, darum die Lehren zu ziehen.

Literarisches.

Statistische Erhebung über die Wohnungsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Köln a. Rh. 24 Seiten. Preis 10,-. Für Nichtmitglieder 20,-. Selbstverteilung der Ortsverwaltung Köln des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Handwerker. Handwerksfeste der Handwerkskammern und Preisliste von Otto Maxmann, Detmold W. 25, 289 Seiten. Preis 50,-. Der Verfasser hat augenscheinlich in einer Zeit die Arbeit der Arbeiter und jungen Arbeitern ihre Gewinnung der Fests überlegt, falls von Handwerker getragenen Handwerker zu lösen. Wer jedoch findet sucht, lasse dieses Buch. Es ist monches nette Blab darin, das es wohl verdient, bei den Jüngern Generationen nicht in Vergessenheit zu geraten. Da geht es natürlich ohne gelegentliche Verderbtheit nicht ab und wir müssen uns darüber bewahren, daß der Herausgeber von dem alten praktischen Vieh: "Es wohnt ein Rauher zu Frankfurt an dem Main" die leichten beladenen Strophen gesungen hat. Er hat das Liederbuch doch wohl kaum für Baufällige bestimmt. Dagegen hätte es dem Wert des Buches keinen Schaden getan, wenn der Herausgeber einige Lieder weggeschlossen hätte, die zu den miserablen und verlogensten gehörten, was je produziert wurde. Wir nennen nur solche Schmarren wie: "Ein Voglein sang im Lindenbaum", "Selt' ich dich, mein Liebster", "Nack der Heimat nicht", "Liebe der". Auch erscheint es uns nicht geschmackvoll, Villentrons egressenes Gedicht: "Kein Mittagessen fünf Tage schon", nach der Melodie von: "Es geht bei gedämpfter Trommel kläng" fingen zu lassen.

Die Proletarierkrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung, Verhütung und Heilung. Von Dr. Jädel. (Preis 20 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.) Verlag der Buchhandlung Borcherts, Berlin W. 88. — In dem zweiten Bogen startet Geist untermint es der Verfasser, die Arbeiter in verständlicher Form mit den großen Vorschriften bekannt zu machen, die die Lehre von der Schwindsucht seit der Entdeckung des Tuberkulosebacillus durchgemacht hat. Er erläutert und erwähnt die Anlagen, die Wege der Aus- und Einwanderung des Bacillus, die Übertragung der Krankheit in der Familie und im Beruf, die Schwindsucht als Wohnung- und als Gewerbkrankheit, der Unterschied zwischen der Tuberkulose und der Tuberkulose, die neuesten Ergebnisse über ihre enorme Verbreitung und ihre Heilung und vieles andere wird in 12 Kapiteln abgehandelt, von denen die beiden letzten besonders aufschlußreich dem Schuh und der Eisenbahn und der Seiden- und der Erzgrube gewidmet sind. Das Geist sollte in seiner Arbeiterfamilie fehlen, es ist dazu bestimmt, Erkenntnis zu verbreiten. Preis 50,-. Vollausgabe 20,-. Zu bestehen durch alle Buchhandlungen und Kolportiere.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Die Adresse des Ausschusses ist jetzt: Albert Greis, Braunschweig, Hamburgerstraße 12a. Alle Sendungen für den Ausschuss sind an diese Adresse zu richten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.

Samstag, 18. September:

Hall. Schw. Bierkeller, 8 Uhr.

Heidenheim, Geschäftsbüro, 8 Uhr.

Franzenfeld (Heilenbach) Straubing, Hof.

Kaufhaus a. d. S. Ammersee, halb 9 Uhr.

Sonntag, 26. September:

Breisach (Klemp.) Sieb. Hollenbach, 11 Uhr.

Dortmund-Borbeck, Rudolph in Hombroich, Bahnhof, 11 Uhr.

Gelsen-Borbeck, Demont, halb 11 Uhr.

Hagen-Dahl, Aug. Müller, 11 Uhr.

Hessen, Möhlig, 11 Uhr.

Mülheim-Holzwickede-Schneidewinde

Groß-Gruß, halb 11 Uhr.

Mülheim-Saarn, Rosenthal, 11 Uhr.

Mülheim-Sterkrade, Buch, 10 Uhr.

Süd-Westend, Grüne Baum, 14 Uhr.

Witten, Röthemeier, Ardeystr., 10.

Sonneberg.

Geisenhauer, Umgebung verboten. Arbeitsnachweis im Börndorf.

Witten, Steigegel wird nur morgens von 9—12 Uhr morgens ausbezahlt.

Breisach. Geisenhauer, Umgebung